Klimaschutz

Energiepolitk

UMWELTPOLITIK

Landschaftsschutz

Landesplanung

Wasserwirtschaft

Gesundheitspolitik

5 453000 161014

AKTIOUNSPLANG FIR ENG NOHALTEG ENTWECKLUNG

Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislativperiod 2004-2009

1/ 2004
de Kéisecker

Herausgeber: Mouvement Ecologique asbl.
6, rue Vauban
L – 2663 Luxembourg
Tel. 439030-1
Fax: 439030-43
E-mail: meco@oekozenter.lu
Homepage: www.oekozenter.lu

Auflage: 5.500 Stück

Layout: Cropmark

Druck: Imprimerie Watgen

Weitere Exemplare dieser Broschüre sind erhältlich beim Mouvement Ecologique, Tel. 43 90 30 1.
Der Preis beträgt 5€ (Versand inkl.)

Spenden erwünscht

Der Mouvement Ecologique wird sich in den nächsten Jahren konsequent für die Umsetzung dieser Vorschläge einsetzen. Auch die Erstellung des vorliegenden Aktionsplanes ist nur dank Spenden möglich. Falls Sie uns hierbei unterstützen wollen, freuen wir uns über jede Spende, die uns diese Initiativen ermöglicht. Spenden auf das CCP LU96 1111 0734 1886 0000 der Stiftung Öko-Fonds mit dem Vermerk "Visioune fir muer" können von den Steuern abgesetzt werden.

Falls Sie Mitglied im Mouvement Ecologique werden oder weitere Informationen über die Arbeit erhalten möchten, lassen wir Ihnen gerne auf Wunsch Unterlagen zukommen: Tel. 43 90 30 1. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40€ für eine Einzelmitgliedschaft und 60€ für eine Haushaltsmitgliedschaft pro Jahr, Mitglieder erhalten gratis 4 mal im Jahr die Zeitschrift "De Kéisécker" sowie mindestens 12 mal den "Kéisécker-Info".

Herzlichen Dank an all jene, die durch ihre Mitarbeit diese Publikation ermöglicht haben.

Aktiounsplang fir eng nohalteg Entwécklung

Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislativwahlen 2004 - 2009

Sommaire

06 Nachhaltige Entwicklung
braucht Vernetzung der Regierungsarbeit

09 Mir liewen all an enger Welt

10 EU-Politik
sensibilisieren - beteiligen!

12 Nachhaltige Entwicklung
Taten statt Worte!

17 Umweltbildung und Universität Luxemburg

18 Demokratie
neue Wege der Politikgestaltung

22 Landesplanung
Priorität für die regionale Entwicklung

26 Natur und Landschaftsschutz
fachlich begründen, professionell umsetzen

30 Mobilität
Priorität für den öffentlichen Verkehr

36 Energiepolitik und Klimaschutz
eine zentrale Herausforderung

40 Umweltpolitik
Vorsorgende Umweltpolitik im Dienste der Lebensqualität

46 Wasserwirtschaft
EU-Rahmenrichtlinie offensiv umsetzen

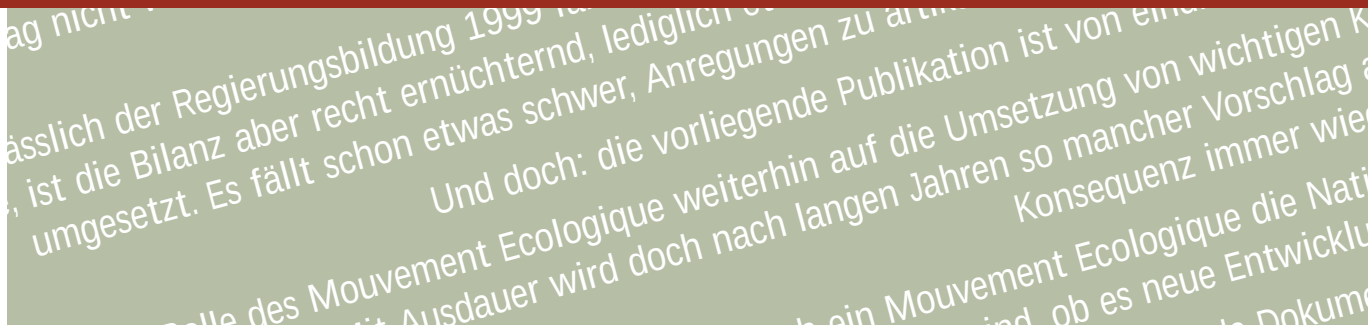
50 Wirtschaftspolitik
Ökologisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten vorantreiben

54 Landwirtschaft
Qualität hat ihren Preis

59 Tourismus

60 Gesundheitspolitik
Prävention statt Reparatur

Editorial



Es ist mittlerweile zu einer Tradition geworden, dass der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Nationalwahlen seine Anregungen für die politische Arbeit der nächsten Legislaturperiode vorlegt. Dies natürlich in der Hoffnung, dass die dargelegten Konzepte und Ideen Eingang in die politische Arbeit der nächsten Jahre finden werden.

Es mag nicht verschwiegen werden, dass sich der Mouvement Ecologique bei der Erstellung der vorliegenden Wahlvorschläge etwas schwer tat. Die Gründe hierzu sind mehr denn verständlich:

Anlässlich der Regierungsbildung 1999 fanden zahlreiche Vorschläge des Mouvement Ecologique Eingang in das Koalitionsprogramm. Nunmehr, zum Schluss dieser Amtsperiode, ist die Bilanz aber recht ernüchternd, lediglich etwa 20% der im Regierungsabkommen vorgesehenen Anregungen im Bereich nachhaltige Entwicklung wurden tatsächlich umgesetzt. Es fällt schon etwas schwer, Anregungen zu artikulieren, wenn gewusst ist, dass sogar deren Integration in ein Koalitionsabkommen wirkungslos sein kann.

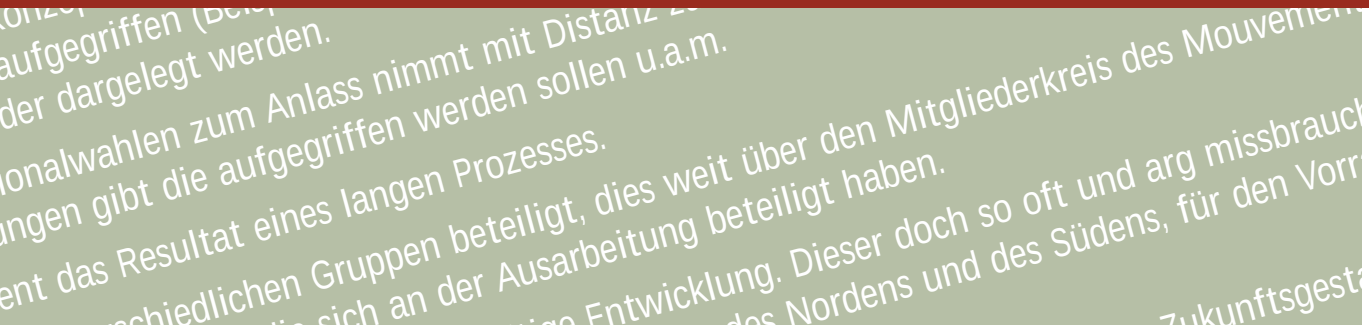
Und doch: die vorliegende Publikation ist von eindringlicher Bedeutung, auch für den Mouvement Ecologique selbst.

Es ist die Rolle des Mouvement Ecologique weiterhin auf die Umsetzung von wichtigen Konzepten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zu setzen, auch wenn sie bereits bekannt sein mögen. Mit Ausdauer wird doch nach langen Jahren so mancher Vorschlag aufgegriffen (Beispiel Mobilitätszentrale), nur müssen die Vorteile mit einer deutlichen Konsequenz immer wieder dargelegt werden.

Ebenso ist es von eminenter Bedeutung, dass auch ein Mouvement Ecologique die Nationalwahlen zum Anlass nimmt mit Distanz zu überlegen, ob die bis dato gesetzten Akzente die richtigen sind, ob es neue Entwicklungen gibt die aufgegriffen werden sollen u.a.m.

Insofern ist das vorliegende Dokument das Resultat eines langen Prozesses.

Positiverweise haben sich an der Erstellung des Aktionsplanes zahlreiche Personen in unterschiedlichen Gruppen beteiligt, dies weit über den Mitgliederkreis des Mouvement Ecologique hinaus. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle jene, die sich an der Ausarbeitung beteiligt haben.



Eines wird zweifelsfrei deutlich: der vorliegende Aktionskatalog steht für ein konsequentes Eintreten für die nachhaltige Entwicklung. Dieser doch so oft und arg missbrauchte Begriff steht für vieles: für Generationengerechtigkeit, für ein Mehr an Demokratie, für ein Gleichgewicht zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, für den Vorrang von Aspekten der Lebensqualität gegenüber rein materiellen Fragen.

Insofern hofft der Mouvement Ecologique mit dem vorliegenden Dokument einen Fundus an Anregungen und Konzepten darzulegen, der einen Beitrag zur Zukunftsgestaltung leisten kann.

Geboren wurde er aus der Kraft von zahlreichen Bürgern in einer Organisation, die sich für eine Politik einsetzt, in welcher Inhalte, Argumente, Auseinandersetzungen über Ausrichtungen, Konzepte und Visionen im Vordergrund stehen: im Interesse der heutigen und der kommenden Generationen.

Zum besseren Verständnis

Im folgenden finden Sie in der Mehrzahl der Kapitel eine Rubrik "Anspruch und Wirklichkeit: Aus dem Plan für eine nachhaltige Entwicklung". In der darauffolgenden Liste sind unter dem Motto "Anspruch" einige wesentliche Ziele dargelegt, die im Plan zum entsprechenden Themenbereich formuliert wurden. Im Kommentar "Wirklichkeit" erörtert der Mouvement Ecologique aus seiner Sicht, inwiefern die Regierung bis dato diesem Anspruch gerecht werden konnte.

Ebenso enthält die Mehrzahl der Beiträge eine Rubrik "Aus dem Koalitionsabkommen 1999 - 2004". An dieser Stelle wird eine Auswahl von Aussagen aus dem Koalitionsabkommen dieser Regierung stichwortartig wiedergegeben. Die kleinen Symbole charakterisieren, inwiefern diese Vorgaben nach Ansicht des Mouvement Ecologique umgesetzt wurden.

Aktiounsplang fir eng nohalteg Entwécklung

Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislativperiod 2004 - 2009

Die Grundorientierung

Ein Ausblick, wie die Politikgestaltung der nächsten Jahre erfolgen soll, setzt auch eine Analyse der vergangenen Jahre voraus. Diese Analyse ist – natürlich von Ausnahmen abgesehen – grundsätzlich doch eher ernüchternd: Man gewinnt den Eindruck, als erfolge, wohl auf vielen gesellschaftlichen Ebenen, eher eine "gestion des affaires courantes" als eine offensive Politikgestaltung; das Engagement und Mitwirken an der Politik von BürgerInnen wird von den politischen Akteuren häufig eher als störend denn als bereichernd empfunden; das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird nicht offensiv angegangen, sondern es wird vielmehr z.T. versucht, die Herausforderungen im Bereich nachhaltige Entwicklung herunterzuspielen (cf. Klimaschutz); Projekte werden zwar angekündigt (cf. Schienentransport), deren Umsetzung ist aber in keiner Form gewährleistet.

Basierend auf der Analyse der Schwächen der heutigen Politik, ergeben sich dann auch Prioritäten für die Zukunft

Nachhaltige Entwicklung weit mehr als ein "Slogan", sondern eine Zukunftsvision

Es gibt gute Beispiele in der Vergangenheit Luxemburgs, die aufzeigen, dass die Politik sehr wohl gestalterisch wirken kann:

- es war die Vision eines friedlichen Europas von Menschen wie Robert Schumann, die letztlich zu einer Vereinigung Europas und einer Struktur geführt hat, der mittlerweile auch ehemalige Oststaaten beigetreten sind,
- es waren in den 60iger Jahren bewusste Entscheidungen von Politik und Wirtschaft, die Luxemburg für internationale Banken interessant gemacht haben. Man mag zu den Privilegien der "luxemburger" Banken heute stehen wie man will, entscheidend ist, dass damals bewusste politische Kursentscheidung getroffen wurden.

Die Gesellschaft steht auch heute vor zukunftsentscheidenden Kursbestimmungen. Daher muss die nächste Regierung den Mut zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung haben.

Ein weiteres Ignorieren der grundsätzlichen Herausforderungen, die in der nachhaltigen Entwicklung liegen, ist der langfristigen Entwicklung unseres Landes nicht zuträglich.

Nur wenn

- heute Probleme aufgegriffen und ihre Lösungen antizipiert werden und gehandelt wird (z.B. auch im Klimaschutzbereich)
- die ökologischen Grenzen unseres Planeten anerkannt werden
- ein Konsens geschaffen wird, dass die Lebensqualität kommender Generationen gewahrt bleiben und heute eine Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd gewährleistet werden muss

wird unser Land den eigentlichen Zukunftsherausforderungen gerecht.

Es kann und darf deshalb nicht länger sein, dass ein Wirtschaftsministerium ökologische Belange ignoriert oder leugnet, ein Staatsminister sich nur gelegentlich der Frage widmet und sie bei wichtigen Entscheidungen ausklammert, Probleme bewusst auf die lange Bank geschoben werden (z.B. Tanktourismus), die Mehrheit der politischen Parteien kaum über Ansprechpartner in diesem Bereich verfügen.

Nein: unerlässlich ist eine reale Öffnung der Politik und der Gesellschaft auf diese so wichtige Fragestellung. Die Nachhaltigkeit muss die Messlatte für gesellschaftspolitisches Handeln darstellen!

Strukturen überdenken – für ein neues Modell Luxemburg

Die heutigen Strukturen des Staatsapparates können ein offensives Angehen der Zukunftsherausforderungen nicht mehr bewältigen. Die Debatte über EU-Themen wird sträflich vernachlässigt, die derzeitige Organisation der Regierung ist wenig kohärent, die Abgeordnetenkammer wird derzeit ihrer Rolle kaum mehr gerecht. Insofern ist es unerlässlich, dass über eine Umgestaltung der heutigen Strukturen nachgedacht wird. Einher gehen muss eine Stärkung der Zivilgesellschaft, damit in einem Ausgleich aller gesellschaftlichen Kräfte die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen einen Beitrag zur Entwicklung Luxemburgs leisten können.

Der Mouvement Ecologique fordert ein "neues Modell Luxemburg". Es kann nicht länger sein, dass Probleme einerseits ausgesetzt und andererseits in nicht mehr dafür angepassten Gremien hinter verschlossenen Türen diskutiert werden. So legitim eine Tripartite in bestimmten Fragestellungen auch sein mag, so unerlässlich ist es aber für wichtige Themenkomplexe neue Wege zu finden. D.h. entscheidende Aufwertung der Rolle der Abgeordnetenkammer; Organisation von runden Tischen, die Stärkung der Zivilgesellschaft in ihrem Engagement (z.B. durch die Einführung des "congé associatif") u.a.m. Die neue Regierung sollte unter Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure eine breite Debatte über ein neues Modell Luxemburg initiieren.

Menschen und Werte in den Vordergrund stellen

Es ist angebracht, im Rahmen eines Aktionskataloges für eine Legislaturperiode die Frage der Werte in einer Gesellschaft zu stellen. Längstens wurde erkannt, dass materielles Wachstum alleine nicht zur Zufriedenheit in einer Gesellschaft führt – dass vor allem auch das blinde Wachstumsdenken mit zahlreichen Problemen verbunden ist. Der politische Diskurs aber ist noch sehr stark auf die klassische Form des Wirtschaftswachstums ausgerichtet, das Bruttosozialprodukt wird als Gradmesser der Lebensqualität gesehen. Die Reflexion zahlreicher BürgerInnen, was in Zukunft tatsächlich noch die Lebensqualität in einem Land ausmacht, sollte offensiv genutzt werden über Werte- und Lebensvorstellungen zu diskutieren.

Chancen nutzen – Arbeitsplätze schaffen

Vor allem aber gilt es nicht länger, die direkten und konkreten Chancen – auch auf wirtschaftlicher Ebene - zu verkennen, die auch in der nachhaltigen Entwicklungen liegen. Im Bereich der erneuerbaren Energien wurden in den vergangenen Jahren sage und schreibe 200 neue Arbeitsplätze geschaffen! Welcher andere Wirtschaftszweig hat eine derartige Entwicklungsrate aufzuzeigen? Dabei steht dieser Bereich nur symbolisch für Chancen, die auch auf anderer Ebene – z.B. der Altbausanierung – liegen. Insofern stellen Akzente in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung auch massive Chancen, ebenfalls auf der Ebene der Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik, dar! Diese sollten bewusster in den Vordergrund gestellt und aufgegriffen werden.

Nachhaltige Entwicklung

braucht Vernetzung der Regierungsarbeit

Aktuelle Politik

Die derzeitige Ressorteinteilung der Regierungspolitik ist einer effizienten Organisation, die im Dienste einer nachhaltigen Entwicklung stehen würde, a priori nicht zuträglich. Diverse Ministerien überlagern sich in ihren Kompetenzen (z.B. Aufsplitterung der Energiepolitik auf Wirtschafts- und Umweltministerium, Ausgliederung der Wasserwirtschaft aus dem Umweltministerium), so dass sie recht wenig effizient arbeiten können, ja z.T. konträre Entwicklungstendenzen unterstützen. Andererseits werden mögliche Symbiosen nicht ausreichend genutzt, und es fehlt an einer schlagfertigen Struktur, z.B. beim Verbraucherschutz. Defizite gibt es aber auch vor allem, was die Zuständigkeiten von "horizontalen" Themenfeldern betrifft. Die Regierungsorganisation führt in der Tat dazu, dass jene Fragestellungen, die Ministerien übergreifend angesprochen werden müssten, sträflich vernachlässigt werden.

Der Handlungsbedarf

Die nachhaltige Entwicklung ist sicherlich zunächst einmal eine inhaltliche Fragestellung. Doch kann sie nur dann umgesetzt werden, wenn auch die Strukturen eine optimale Umsetzung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung erlauben. Der Mouvement Ecologique tritt deshalb dafür ein, eine Kompetenzbündelung herbeizuführen (z.B. im Klimaschutzbereich), um somit eine zielorientierte Strategie zu ermöglichen. Andererseits gilt es den Entwicklungen der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen, und neue Herausforderungen offensiver aufzugreifen (z.B. Verbraucherfragen). Zudem sollen ineffiziente und wenig sinnvolle Kompetenzenzersplitterungen, die vielleicht historisch gewachsen sein mögen aber nicht mehr zeitgemäß sind, aufgehoben werden. Die Ansiedlung von Kompetenzen, die den Bereich eines einzelnen Ressortministeriums überschreiten – dies trifft vor allem für die Themenfelder der nachhaltigen Entwicklung und der Landesplanung zu – sollten nach einer eingehenden politischen Analyse erfolgen.

Forderungen des Mouvement Ecologique

1 Verankerung der nachhaltigen Entwicklung und der Landesplanung auf Regierungsebene

Von grundlegender Bedeutung ist die Fragestellung, in welchem Ministerium sowohl die nachhaltige Entwicklung als auch die Landesplanung angesiedelt werden sollen. Beide Themen sind in der Tat von ministerienübergreifender Bedeutung und können kaum einem einzelnen Ressort allein zugeteilt werden:

- Verschiedene Seiten äußern Bedenken dem Umweltministerium den Bereich der nachhaltigen Entwicklung integral zu übertragen. In der Tat mag man sich fragen, inwiefern dieses Ministerium z.B. für die Frage der Überschuldung zuständig sein soll, einem der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung im sozialen Bereich.
- Die gleiche Frage stellt sich aber auch bei der Landesplanung, sind doch hier die Ministerien für Umwelt, Transport, Bauten, Wohnungsbau u.a. betroffen.

Der Mouvement Ecologique optiert hierbei für folgende Lösungen:

- Staatsministerium als Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung

Die Zusammenführung von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen stellt – neben den Chancen, die eine solche Symbiose mit sich bringen kann – auch ein Spannungsfeld dar. Es gilt eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen herbeizuführen. Entsprechend sollte die Koordination für den Bereich nachhaltige Entwicklung im Staatsministerium angesiedelt werden.

Gleichzeitig aber gilt es die Kompetenzen der sektoriellen Ministerien im Bereich der nachhaltigen Entwicklung deutlich festzuhalten, denn es wäre widersinnig, die Verantwortung für die ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in ihrer Gesamtheit ins Staatsministerium zu übertragen.

Sinnvoll ist vielmehr nach Ansicht des Mouvement Ecologique, dass

- das Umweltministerium für die Integration ökologischer Aspekte in die nachhaltige Entwicklung und vor allem für die Erstellung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung federführend ist;
- das Wirtschaftsministerium für die Berücksichtigung der Nachhaltigkeits-Prinzipien im Bereich der Wirtschaft Verantwortung trägt;
- die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit in den hierfür zuständigen Ministerien angesiedelt werden. Der Mouvement Ecologique schlägt in diesem Zusammenhang vor, die verschiedenen Verantwortlichkeiten in diesem Bereich in einem Ministerium für Soziales zu bündeln.

Es versteht sich jedoch von selbst, dass die verschiedenen Ministerien sowie das Staatsministerium mit ausreichend qualifiziertem Personal (neu) ausgestattet werden müssen, damit sie überhaupt die Arbeit wahrnehmen können. Auf der Ebene des Staatsministeriums müsste so ein interdisziplinäres Team eingesetzt werden.

- Staatsministerium als Koordinierungsstelle für die Landesplanung

Die gleiche Lösung gilt für die Landesplanung. Während das Umweltministerium z.B. federführend für die Erstellung des "plan sectoriel paysages protégés" stehen soll, das Innenministerium für die Bautenpolitik... sollte es die Rolle einer Koordinierungsstelle im Staatsministerium sein, die verschiedenen Interessen zusammenzuführen.

Entsprechend wird die Schaffung eines Staatssekretärspostens für nachhaltige Entwicklung und Landesplanung auf der Ebene des Staatsministeriums vorgeschlagen: "Coordination du développement soutenable et de l'aménagement du territoire".

Ziel wäre auf diese Weise in erster Linie die Moderation der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung zu gewährleisten. Diese Stelle müsste in strittigen Fragen über eine gewisse Weisungsbefugnis gegenüber den anderen Ministerien verfügen.

Aufwertung des Umweltministeriums - Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums

2

- Vorrangig ist die Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums, mit allen Kompetenzen im Energiebereich. Dieses Umwelt- und Energieministerium ist in Personalunion mit dem Transportministerium zu führen. Somit wäre eine Bündelung all jener Akteure, die u.a. aus der Sicht des Klimaschutzes von Bedeutung sind, gegeben.
- Das Umweltministerium kann in seiner aktuellen Personalbesetzung den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht werden, vor allem was die Anzahl und z.T. auch die Qualifikation auf der Beamten-Ebene betrifft. Insofern tritt der Mouvement Ecologique für eine qualitativ anspruchsvolle personelle Aufwertung, vor allem auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung, der Umweltpolitik sowie der wirtschaftspolitischen Kompetenzen ein.

Schaffung eines "Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement"

3

Die Aufteilung der Kompetenzen für alle Bereiche die die Entwicklung unserer Ortschaften betreffen, auf drei Ministerien – das Wohnungsbau-, das Innen- und das Landwirtschaftsministerium – ist nicht gerade sinnvoll. Da die politischen Parteien scheinbar alle dafür eintreten, den Stellenwert der Zukunftsplanung bzw. -entwicklung zu erhöhen, z.B. in Bezug auf den Wohnungsbau, die Vernetzung der Siedlungen mit der Anbindung an den öffentlichen Transport u.a.m. – gilt es diese alt gewachsenen Strukturen in Frage zu stellen und all jene Kompentenzen in einem Ministerium zu bündeln.

Seitens des Mouvement Ecologique wird deshalb der Vorschlag gemacht, ein "Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement" zu schaffen.

Bildung eines Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

4

Verbraucherfragen sind in Luxemburg auf unterschiedliche Ressortministerien verteilt – Gesundheit, Landwirtschaft, z.T. auch Umwelt. De facto aber gibt es keine gezielte Verbraucherpolitik. Dieses Manko kann lediglich behoben werden, wenn hier ein zuständiges Ministerium geschaffen wird, das in Personalunion mit dem Landwirtschaftsministerium geführt wird.

Schaffung eines umfassenden Sozialministeriums

5

Der Mouvement Ecologique schließt sich der Forderung einer Reihe von sozialen Organisationen an, dass ein Sozialministerium geschaffen werden muss. Das bedeutet eine Bündelung der Kompetenzen des "Ministère de la Famille, de la Solidarité Sociale", des "Ministère de la Promotion Féminine" sowie des "Ministère de la Sécurité Sociale". Dies würde auch den Leitlinien der nachhaltigen Entwicklung entsprechen.

Mir liewen all an enger Welt

Nachhaltige Entwicklung hat primordial auch mit einer stärkeren Gerechtigkeit zwischen den Ländern des Nordens und des Südens zu tun. So positiv manche Aspekte der Entwicklungspolitik Luxemburgs auch sein mögen, so besteht doch auch in diesem Bereich massiver Handlungsbedarf. Zahlreiche Maßnahmen, die im Aktionskatalog des Mouvement Ecologique dargelegt werden, haben direkte positive Auswirkungen auf die Länder des Südens (z.B. Klimaschutz). Darüber hinaus seien an dieser Stelle einige weitere besonders relevante Forderungen dargestellt:

1. Entwicklungen in Luxemburg aus globaler Sicht in Frage stellen

Obwohl Luxemburg jährlich 0,84% des staatlichen Budgets für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellt, darf nicht vergessen werden, dass damit die Probleme nicht behoben werden können, die unser Lebens- und Wirtschaftsstil in anderen Regionen der Welt verursachen. Dazu bedarf es einer Änderung der Konsumgewohnheiten und der internationalen Beziehungen, die allesamt einen verheerenden Einfluss auf den ökonomischen und sozialen Wohlstand der Mehrheit der Völker dieser Welt ausüben. Die begonnene Öffentlichkeitsarbeit für Entwicklungspolitik sollte diese Aspekte verstärkt mit berücksichtigen. Ebenso gilt es, das „globale Lernen“ auf schulischer Ebene zu fördern.

2. Durch öffentliche Ausschreibungen die Angebote steuern

Bei öffentlichen Ausschreibungen von Staat und Gemeinden müssen die Kriterien der nachhaltigen Entwicklung entscheidend sein, um auf diese Weise den Markt für ökologische, sozial gerechtere und fair gehandelte Produkte zu steuern.

3. Neue „nachhaltige“ Wirtschaftsnischen finden

Luxemburg hat auf wirtschaftlicher Ebene diverse Nischen aufgebaut, die zwar punktuelle Vorteile für unser Land bedeuten, jedoch zu Lasten anderer Länder – sehr oft der Entwicklungsländer – oder aber der kommenden Generationen gehen. Rezente Beispiele dafür sind der Tanktourismus sowie das Bankgeheimnis. Es gilt in Zukunft neue Nischen im Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung zu suchen und aufzubauen, sowie parallel dazu die nicht zukunftsfähigen Nischen - allen voran den Tanktourismus – graduell abzubauen.

4. Nicht vertretbare Schulden streichen

Luxemburg muss sich international dafür einsetzen, dass illegitime Schulden der Länder des Südens integral und nachhaltig gestrichen werden. Dazu muss auch Luxemburg einen finanziellen Beitrag leisten. Dieser Beitrag darf nicht der öffentlichen Entwicklungshilfe zugerechnet werden. Dies sollte auch der Ansatz sein, den die Luxemburger Regierung durch ihre Vertretungen in Weltbank und Internationalem Währungsfonds befolgt.

5. Regulierung der internationalen Finanzsysteme einklagen

Wie bereits im Bereich Energie und Klimaschutz erwähnt, stellt der internationale Finanzhandel ein gravierendes Problem dar. Die „Entfesselung der Finanzmärkte“ und unkontrollierte Kapitalströme haben negative oder sogar katastrophale Auswirkungen auf einzelne Länder und ganze Regionen. Hier gilt es dringend Regulierungsmechanismen festzulegen.

6. Ablehnung neoliberaler Tendenzen

Im internationalen Kontext gilt es jene Länder in den Gremien der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds u.ä. zu stärken, welche die reinen neoliberalen Vorstellungen dieser Gremien ablehnen. Allgemein sind diese Institutionen transparenter zu gestalten.

7. EU-Verfassung überdenken

Innerhalb der EU-Verfassung müssen die spezifischen Ziele in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungshilfe besser ausgearbeitet werden. Die Entwicklungszusammenarbeit muss als eigenständiger und für die Identität der EU wesentlicher Politikbereich bestehen bleiben.

Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe dürfen nicht der europäischen außen-, sicherheits- und handelspolitischen Tagesordnung untergeordnet sein. Europäische Hilfe ist kein Instrument um Eigeninteressen der EU zu schützen.

EU-Politik

sensibilisieren - beteiligen

Aktuelle Politik

Tatsache ist, dass mehr und mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden, ohne aber, dass in Luxemburg im Vorfeld eine Diskussion über jene Themen stattfand bzw. die Vertreter Luxemburgs seitens der Abgeordnetenkammer ein formales Mandat erhielten. In Luxemburg wird häufig die EU-Politik erst dann ein Thema, wenn die Umsetzung einer Direktive ins Haus steht. Diese Vorgehensweise ist nicht mehr zeitgemäß. Des Weiteren ist es noch ein langer Weg bis zum Europa der Bürger: so bedauernswert es auch sein mag, man kommt nicht daran vorbei festzustellen, dass auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft, der Medien sowie der breiten Öffentlichkeit derzeit kaum eine Auseinandersetzung mit EU-Fragen stattfindet.

Der Handlungsbedarf

Im Sinne einer stärkeren Bewusstseinsbildung betreffend die EU-Politik aber auch einer Demokratisierung der Politik gälte es dafür Sorge zu tragen, dass wichtige Entscheidungen auf EU-Ebene im Vorfeld sehr offensiv in Luxemburg aufgegriffen und thematisiert werden. Des Weiteren gilt es Wege und Instrumente zu finden, um bei allen gesellschaftlichen Kreisen die Teilnahme an Diskussionen über EU-Themen auszuweiten.

Forderungen des Mouvement Ecologique

Festlegung von Diskussions-Kriterien sowie eines Maßnahmenplanes

1 Mittels einer objektiven Kriterienliste sollte geregelt werden, welche Entscheidungsprozesse auf Luxemburger Ebene im Vorfeld einer Debatte auf EU-Ebene zu respektieren sind. D.h. wann und wie eine Einbindung der Abgeordnetenkammer zu erfolgen hat, in wieweit Vertreter Luxemburgs mandatgebunden abstimmen müssen u.a.m.

Offensive Berichterstattung in der Presse über die Haltung der Luxemburger Vertreter / Ministerien bei Debatten auf EU-Ebene

2 Die Haltung der Regierung im Vorfeld einer Entscheidung muss weitaus offensiver in die Öffentlichkeit getragen werden. Hierzu gilt es gezielt, auch auf der Ebene des "service médias", neue Strategien zu entwickeln. Auch die Abgeordnetenkammer sollte mit zusätzlichen Möglichkeiten versehen werden. Warum nicht auch unterstützen, dass die Medien gemeinsam ausloten, inwiefern die Pressearbeit verbessert werden kann?

Stärkung der Einwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft

3 Eine stärkere Bewusstseinsbildung über EU-Themen setzt voraus, dass sich damit auch die Akteure der Zivilgesellschaft stärker auseinandersetzen können. Dies kann nicht nur auf ehrenamtlicher Ebene erfolgen, kann aber auch nicht von bestehendem hauptamtlichem Personal oder ehrenamtlich engagierten Personen zusätzlich übernommen werden. Deshalb sollte die Regierung gezielt – auch im Sinne eines Interessenausgleichs zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen – der Zivilgesellschaft Finanzmittel für eine Professionalisierung der Arbeit zur Verfügung stellen.

Pro-aktiv über europäische Fragen informieren und zur Meinungsbildung und Beteiligung anregen!

4 Es gilt Wege zu finden, wie generell EU-Themen offensiver in der Öffentlichkeit dargestellt werden sollten, so u.a.

- EU-Veröffentlichungen sollten – ebenso wie übrigens solche von Luxemburger Ministerien und Verwaltungen – in einer regelrechten "Boutique" im Zentrum der Hauptstadt zur Einsicht aufliegen bzw. erhältlich sein (auch via Post); dies muss auch für EU-Direktiven gelten, die erst in Ausarbeitung sind;
- Die Internet-Homepage der Luxemburger Regierung bzw. der Abgeordnetenkammer sollte eine spezifische Rubrik aufweisen, in der mittels entsprechender Links Informationen zu allen EU-relevanten Dossiers (sowohl Kommission wie Parlament) verfügbar sind; dies gilt in besonderem Maße für alle in Ausarbeitung begriffenen Direktiven bzw. Regelwerke.

  Dies gilt auch für europäische Förderprogramme in den verschiedensten Bereichen, besonders im Hinblick auf einen stärkeren Austausch von Nichtregierungsorganisationen, Zivilgesellschaft sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- Die Arbeit der EU-Deputierten muss enger mit der Arbeit der Abgeordnetenkammer in EU-Fragen verbunden werden. Auch sollte das Abstimmungsverhalten der EU-Deputierten in wesentlichen Fragen nachvollziehbarer für die BürgerInnen werden.
- Im Hinblick auf eine stärkere Thematisierung europäischer Fragen sind die Wahlen für das Europäische Parlament von den Legislativwahlen zu trennen.

Nachhaltige Entwicklung

Taten statt Worte!

Aktuelle Politik

Man kommt nicht umhin festzustellen, dass der Begriff "nachhaltige Entwicklung" einerseits vielfach nur als Schlagwort benutzt wird und andererseits sehr unterschiedlich interpretiert wird. Fakt ist jedoch, dass auf politischer Ebene viele Entscheidungen eher in einem kurzfristigen Rahmen getroffen werden, d.h. losgelöst von der Idee der nachhaltigen Entwicklung. Auch mangelt es derzeit in Luxemburg an Strukturen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung: dem Umweltministerium werden bisher diese Rechte nicht zugestanden. Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung in Transportfragen – nur ein Schlagwort in Luxemburg! Nachhaltige Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen respektieren – auch davon ist unser Land weit entfernt! Es ist de facto nicht gelungen, das Prinzip der Nachhaltigkeit zu einem Thema für die verschiedenen Ministerien zu machen. Dies hat dazu geführt, dass auch die Ziele, die im Plan für eine nachhaltige Entwicklung verankert sind, noch immer einer Umsetzung harren, auch die im Plan genannten Instrumente wurden kaum angegangen. Insofern hat keine eigentliche Umsetzung der Idee der nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg stattgefunden.

Der Handlungsbedarf

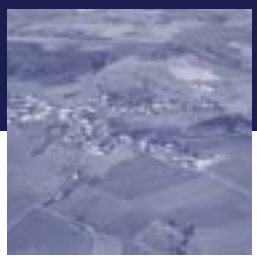
Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gilt es in Luxemburg sich für den Weg einer sog. starken nachhaltigen Entwicklung zu entscheiden: jedwede menschliche Aktivität kann in der Tat nur in einem stabilen Ökosystem durchgeführt werden; daher ist dem ökologischen Aspekt gegenüber z.B. wirtschaftlichen Interessen ein Vorrang einzuräumen. Vor allem aber muss die Idee der nachhaltigen Entwicklung Eingang in alle sektoriellen Politikbereiche erhalten und z.B. auch die Transport- oder die Wirtschaftspolitik prägen. Nicht zuletzt beinhaltet der Begriff der Nachhaltigkeit auch eine gewisse Einbindung der BürgerInnen in den Prozess von Entscheidungen: Luxemburg hat in dieser Hinsicht einen großen Nachholbedarf.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Steigerung der Ressourceneffektivität um den Faktor 2 bis zum Jahre 2020 sowie um den Faktor 4 bis zum Jahre 2050.	De facto wurden kaum Initiativen in diesem Bereich ergriffen, weder auf der Ebene der betrieblichen Förderung, noch auf der Beratungsebene. Wirtschaftswachstum und Steigerung des Energieverbrauchs sind so z.B. in Luxemburg noch immer sehr stark miteinander verbunden.
Nutzung der staatlichen Gelder im Sinne der nachhaltigen Entwicklung.	Diese Aussage steht im flagranten Widerspruch zur Realität. Nicht nur, dass staatliche Gelder im allgemeinen nicht gezielt in diesem Sinne investiert werden, darüber hinaus wird nicht einmal die eigentliche eigene Ausgabenpolitik bei öffentlichen Ausschreibungen via Gesetz nachhaltig gestaltet.
Graduelle Umgestaltung des Steuersystems.	Diese graduelle Umgestaltung wurde nicht angegangen. Lediglich eine diesbezügliche Studie des Mouvement Ecologique wurde teilweise vom Umweltministerium unterstützt.
Anpassung bestehender ökonomischer und fiskalischer Instrumente im Sinne einer Kostenwahrheit, d.h. einer Internalisierung der externen Kosten.	Es gibt keine Initiative in diesem Sinne.
Monitoring des Planes für eine nachhaltige Entwicklung: - Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei politischen Initiativen - Erstellen von Kriterien die gewährleisten, dass politische Entscheidungen der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden - graduelle Integration ökologischer Überlegungen in alle Politikbereiche.	Diese Bestimmungen des Planes für eine nachhaltige Entwicklung harren nach wie vor einer Umsetzung.
Erstellung von Nachhaltigkeitsindikatoren.	Die Indikatoren wurden positiverweise erstellt. Allerdings wären Verbesserungen angebracht. Vor allem aber ist bedauernswert, dass sie in der öffentlichen Debatte keine Rolle spielen und sie scheinbar nicht regelmäßig überarbeitet werden. Bis dato belies es das Ministerium bei der Veröffentlichung einer Broschüre.
Erstellung einer "Task Force" sowie eines "comité du développement durable".	Positiverweise wurde ein Gesetzesentwurf erstellt, der die Schaffung dieser Strukturen vorsieht. Auch wenn der Mouvement Ecologique einzelne Elemente dieses Gesetzestextes in Frage stellt, so ist es doch positiv, dass er zur Debatte vorliegt.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- ☹ Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung
- ☹ Anwendung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung in den Regierungsaktivitäten
- 😐 Einführung einer Öko-Steuer und Erstellung einer diesbezüglichen Studie



Forderungen des Mouvement Ecologique

Klare Definition des Begriffes "nachhaltige Entwicklung"

1

Der Mouvement Ecologique tritt für die sogenannte "starke Nachhaltigkeit" ein, d.h. für eine gewisse Vorrangstellung der ökologischen Ziele. Nachhaltige Entwicklung setzt sicher ein Ineinandergreifen der drei Handlungsbereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales voraus. Allerdings: werden die Lebensgrundlagen ge- oder zerstört (z.B. im Klimabereich, auf der Ebene des Bodenschutzes oder der Luft- / Wasserqualität...) so stellt dies letztlich auch wirtschaftliche Aktivitäten in Frage. Lebensqualität und wirtschaftliche / soziale Aktivitäten setzen nun einmal ein gewisses ökologisches Umfeld voraus, dessen Funktionsregeln wir nicht oder kaum beeinflussen können.

Klärung der Verankerung der nachhaltigen Entwicklung auf Regierungsebene

2

Die Frage der Verantwortlichkeit für die nachhaltige Entwicklung auf Regierungsebene ist von großer Bedeutung. Bekannt ist, dass verschiedene Seiten Bedenken äußern, dem Umweltministerium den Bereich der nachhaltigen Entwicklung integral zu übertragen. In der Tat mag man sich fragen, inwiefern dieses Ministerium z.B. für die Frage der Überschuldung zuständig sein soll, einem der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung im sozialen Bereich. Deshalb spricht sich der Mouvement Ecologique für folgende Vorgehensweise aus:

- Staatsministerium als Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung

Die Zusammenführung von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen stellt – neben den Chancen, die eine solche Symbiose mit sich bringen kann – auch ein Spannungsfeld dar. Es gilt eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen herbeizuführen. Es wäre wohl blauäugig zu meinen, dass ein sektorielles Ministerium die Koordinierungsrolle in einem solchen Prozess übernehmen könnte. Der Mouvement Ecologique tritt demnach dafür ein, die Koordination für den Bereich nachhaltige Entwicklung im Staatsministerium anzusiedeln.

- Kompetenzen der sektoriellen Ministerien im Bereich der nachhaltigen Entwicklung klar definieren

Ebenso widersinnig aber wäre es, die Verantwortung für die ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in ihrer Gesamtheit ins Staatsministerium zu übertragen.

Deshalb tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass
- das Umweltministerium für die Integration ökologischer Aspekte in die nachhaltige Entwicklung und vor allem für die Erstellung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung federführend ist
- das Wirtschaftsministerium für die Berücksichtigung der Nachhaltigkeits-Prinzipien im Bereich der Wirtschaft Verantwortung trägt
- die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit in den hierfür zuständigen Ministerien angesiedelt werden. Der Mouvement Ecologique schlägt im Übrigen vor, die verschiedenen Verantwortlichkeiten in diesem Bereich in einem Ministerium für Soziales zu regruppieren.

Es versteht sich aber von selbst, dass nach Ansicht des Mouvement Ecologique die verschiedenen Ministerien sowie das Staatsministerium mit ausreichend qualifiziertem Personal (neu) ausgestattet werden müssen, damit sie überhaupt die Arbeit wahrnehmen können. Auf der Ebene des Staatsministeriums müsste so ein interdisziplinäres Team eingesetzt werden.

Aufwertung des Umweltministeriums

3 Das Umweltministerium kann den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung in der jetzigen Form nicht gerecht werden, vor allem was die Anzahl und z.T. auch die Qualifikation auf der Beamten-Ebene betrifft. Insofern tritt der Mouvement Ecologique für eine qualitativ anspruchsvolle personelle Aufwertung, vor allem auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung, der Umweltpolitik sowie der wirtschaftspolitischen Kompetenzen ein.

Für die Schaffung effizienter Strukturen zur Umsetzung der Strategie der nachhaltigen Entwicklung

4 Um die Umsetzung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung strukturell zu gewährleisten, sollten folgende drei Ebenen an Entscheidungs - / Diskussionsstrukturen gewährleistet sein, dies z.T. mittels Verabschiedung des Gesetzesprojektes für eine nachhaltige Entwicklung (das jedoch in dem Sinne umgeändert werden müsste):

- Schaffung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, einer Art "task force", die zwingend aus Vertretern der betroffenen Ministerien besteht und vor allem Projekte der einzelnen Ministerien unter dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung aufgrund eines nachvollziehbaren Rahmens hinterfragen sollte.
- Schaffung einer Art "observatoire du développement durable" (z.B. innerhalb der Universität Luxemburg): eine wissenschaftliche Grundlage bei der Datenbeschaffung und Überprüfung, unabhängig von der Politik, ist für die notwendige Akzeptanz unentbehrlich.
- Schaffung eines Rates für Nachhaltige Entwicklung: Der "conseil économique et social" sollte im Sinne eines Nachhaltigkeitsrates reformiert werden und als prioritäres Ziel den Austausch unter gesellschaftlichen Akteuren und die Erstellung von spezifischen Gutachten zum Ziel haben. Ebenso sollte er aber den Plan für eine nachhaltige Entwicklung begleiten und dessen Entwicklung regelmäßig kritisch hinterfragen.
- Schaffung eines runden Tisches "neues Modell Lëtzebuerg": Zur Frage, wie die Politikgestaltung verbessert werden kann, sollte ein Runder Tisch organisiert werden (cf. Bereich Demokratie).

Indikatorensystem aufwerten

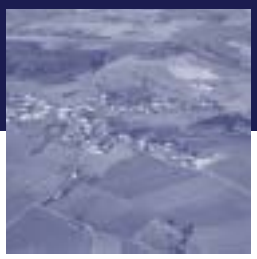
5 Oberste Priorität sollten die Gradmesser für eine nachhaltige Entwicklung erhalten. Die bestehende Indikatorenliste sollte ergänzt / abgeändert werden (z.B. Integration von Elementen der partizipativen Demokratie) – jährlich überarbeitet und vor allem publikumswirksam veröffentlicht und öffentlich thematisiert werden. Der Stellenwert dieses Indikatorensystems der Nachhaltigkeit auch in der öffentlichen Wahrnehmung sollte zumindest demjenigen der wirtschaftlichen Wachstumsdaten entsprechen.

Verankerung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung

6 Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung sollte unbedingt im Rahmen der Reform von Artikel 11 der Verfassung, auch als einklagbares und verbindliches Recht, verankert werden.

Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform

7 Aufbauend auf der Studie für eine nachhaltige Steuerreform, die vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellt wurde, sollte umgehend eine nachhaltige Steuerreform in die Wege geleitet werden.



Überarbeitung bestehender Subventionspolitiken

8 Jedwede Subventionspraktiken des Staates sollten in doppelter Hinsicht überprüft werden:

- Inwiefern widersprechen bestehende Förderreglemente den Nachhaltigkeitsprinzipien und sollten deshalb grundsätzlich in Frage gestellt werden (z.B. im ökonomischen Bereich, auf der Ebene der Landwirtschaft)?
- Inwiefern könnten nachhaltige Aspekte in sektorielle Bereiche integriert werden (z.B. im Bereich der Unterstützung von Betrieben)?

Obligatorische Bewertung jedweden Gesetzesprojektes aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung

9 Nachhaltigkeit hat nur dann eine Chance, wenn sie auch in alltäglichen Politikentscheidungen Berücksichtigung findet. Hierzu gehört, dass jedwede Projekte kritisch auf deren Verträglichkeit mit Nachhaltigkeitsprinzipien durchleuchtet werden. Gesetzlich sollte zwingend vorgeschrieben werden, dass alle Gesetze entsprechend analysiert werden müssen – es versteht sich von selbst, dass diese Analyse auch offen gelegt werden muss.

Neben dem klassischen Bruttosozialprodukt den sogenannten "Index of social welfare" einführen

10 Wissend, dass das heutige Bruttosozialprodukt kein reelles Bild des Wohlstandes in Luxemburg gibt und die Realität verzerrt, sollte zusätzlich ein sozial / ökologisches Bruttosozialprodukt berechnet werden.

Umweltbildung und Universität Luxemburg

Veränderungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind nicht alleine durch technische Innovationen möglich, ein gesteigertes Interesse der BürgerInnen sowie vor allem auch der Jugendlichen ist die Voraussetzung schlechthin für einen Durchbruch. Notwendig sind nämlich neue Werteorientierungen und vor allem auch im schulischen Bereich eine konsequente Persönlichkeitsförderung.

Die Universität Luxemburg bietet darüber hinaus die Möglichkeit durch ein Mehr an menschlichem Wissen auch zu einem gesellschaftspolitischen Qualitätssprung beizutragen.

Entsprechend sollten folgende Initiativen ergriffen werden:

- Universität Luxemburg: nachhaltige Aspekte nicht ausklammern!: Z.T. entsteht der Eindruck, als ob Wirtschaftsbelange bei der Ausrichtung der Universität Luxemburg prämieren würden. Der Mouvement Ecologique tritt zu diesem Zeitpunkt für eine breitere Debatte über die Grundausrichtung der Uni ein – und optiert für eine stärkere Berücksichtigung sozialer, pädagogischer und ökologischer Belange. U.a. sollte der "observatoire du développement soutenable" u.a. unter Einbeziehung der Kooperationspolitik in der Uni integriert werden.
- Pädagogische Eigenständigkeit der Schulen erhöhen bzw. ausbauen: Dies ist eine Voraussetzung für eine stärkere Identifikation mit der Schule und erlaubt zudem neue inhaltliche und methodische Akzente zu setzen. Deshalb sollten partizipatorische Strukturen in den Schulen gewährleistet und die pädagogische Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen ermöglicht werden.
- Förderung persönlicher Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten als vorrangige Erziehungsziele: Die Schule sollte verstärkt die Persönlichkeitsförderung in den Vordergrund stellen sowie offensive Unterrichts- und Evaluationsformen unterstützen.
- Schule auf Gesellschaft öffnen: Neue inhaltliche Akzente im Sinne der nachhaltigen Entwicklung setzen eine Auseinandersetzung mit dieser breiten Thematik voraus. Sinnvoll sind u.a. die Schaffung eines Freiraums für Pilotprojekte, die Förderung außerschulischer Lernorte sowie die Schaffung von Koordinierungsstellen für außerschulische Lernorte.
- Neue inhaltliche Akzente im Sinne der Nachhaltigkeit: Die gesellschaftlichen Aufgaben der Schule zu Beginn des neuen Jahrtausends beinhalten u.a. das Hinterfragen von Entwicklungen und Verhaltensweisen und das Aufzeigen zukunftsfähiger Alternativen im Sinne der Nachhaltigkeit. Dies bedingt u.a. eine inhaltliche, fächerbezogene bzw. –übergreifende Verankerung der politischen / gesellschaftlichen Bildung.
- Gesundheitsfördernde und umweltgerechte Schulen als Vorreiter: Die Institution Schule wie auch LehererInnen können nur dann glaubwürdig sein, wenn sie selbst vor Ort nachhaltige Handlungskompetenz aufzeigen. Dies bedeutet Schülerforen zur verstärkten Beteiligung am schulischen und paraschulischen Geschehen, Durchführung von Oeko-Audits z.B. im Energiebereich sowie von Pilotprojekten, Sicherstellung des Angebotes von umweltschonendem und vollwertigem Essen in der Schulkantine..

Demokratie

neue Wege der Politikgestaltung

Aktuelle Politik

In Luxemburg gelingt es derzeit nicht, Zukunftsfragen offensiv zu thematisieren und strukturiert zu diskutieren. Es fehlt an einer Kultur und an Herangehensweisen, die es erlauben würden, über grundsätzliche Fragen der Zukunftsgestaltung einen breiten öffentlichen Dialog zu führen. Die Einbindung der sogenannten Akteure der Zivilgesellschaft oder aber gar der Bevölkerung erfolgt de facto nicht oder nicht ausreichend – ein Konzept der politischen Entscheidungsträger wie eine Diskussion organisiert werden kann, gibt es nicht. Das Beispiel der nicht sachlich geführten 700.000 Einwohner-Debatte, die fehlende Thematisierung der Herausforderungen des Klimaschutzes u.a.m. stehen symbolisch für die heutigen Schwachstellen.

Dies führt dazu, dass wesentliche Diskussionen fast ausschließlich in klassischen, geschlossenen Gremien geführt werden (z.B. Tripartite). Diese Vorgehensweise mündet in einer Herabsetzung der Rolle einer Abgeordnetenkammer. Darüber hinaus führt das Ausschließen breiter Kreise der Bevölkerung sowie der Zivilgesellschaft zu einer ungesunden Situation in einer demokratischen Gesellschaft. Dies ist einer sachlichen Debatte nicht zuträglich.

Der Handlungsbedarf

Für den Mouvement Ecologique stellt der Ausbau der demokratischen Prozeduren in Luxemburg die Priorität schlechthin dar. Die Herausforderungen, die sich einer Gesellschaft stellen, lassen sich nur in einem breiten strukturierten öffentlichen Dialog angehen. Dies setzt ein "neues Modell Luxemburg" voraus: die Bereitschaft der politischen Akteure über die klassischen Kreise hinaus die Bevölkerung einzubinden und ebenfalls den konkreten Willen die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement zu unterstützen. Ebenso gilt es die Gesetzgebung derart anzupassen, dass eine breitestmögliche Demokratie im Vorfeld einer Entscheidung bzw. der Erstellung eines Dossiers gegeben ist, dies trifft vor allem für die kommunale und regionale Ebene zu. Derzeit erfolgt die Debatte in der Regel erst in einem Endstadium, wenn bereits alle Vorentscheidungen gefallen sind. Hier gilt es Akzente zu setzen, um bereits Einwirkungsmöglichkeiten im Vorfeld einzuräumen.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Im Bereich Demokratie / Partizipation wurden im Plan für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs keine Ziele bzw. Instrumente verankert. Dabei wird dem Bereich der Bürgerbeteiligung innerhalb des Rio-Prozesses und der nachhaltigen Entwicklung aber eine große Bedeutung beigemessen, sie wird gar als deren Grundpfeiler gesehen. Für Luxemburg aber ist es vielleicht schon fast symptomatisch, dass dieser Aspekt der Demokratie im Plan ausgeklammert wurde.

Forderungen des Mouvement Ecologique

Für ein "neues Modell Luxemburg" – für die Organisation eines runden Tisches

1 Die Art und Weise, wie in Luxemburg Debatten geführt bzw. nicht geführt, wie Zukunftsherausforderungen thematisiert werden oder nicht, hat in den letzten Jahren an Aktualität gewonnen. Das heutige Modell wird von fast allen Akteuren, wenn auch unter unterschiedlichen Gesichtspunkten, sehr kritisch hinterfragt. Um einen Qualitätssprung in Sachen "Demokratie" zu erhalten wäre die Organisation eines "runden Tisches" zum Thema Demokratisierung und Strukturierung von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen notwendig. Hierbei geht es nicht darum neue Institutionen zu schaffen, sondern neue Instrumente für den politischen Meinungsbildungsprozess festzulegen. Dabei gilt es die derzeitige Rolle bestehender Strukturen kritisch zu hinterfragen (z.B.Tripartite) und auf ihre Kernfunktionen zu begrenzen sowie die Arbeit der Abgeordnetenkammer entscheidend aufzuwerten.

Aufwertung der Arbeit der Abgeordnetenkammer

2 Unerlässlich ist ein grundsätzliches Nachdenken darüber, wie der Stellenwert der Abgeordnetenkammer, auch gegenüber der Regierung, aufgewertet werden kann. Ein breiter diesbezüglicher Reflexionsprozess sollte in die Wege geleitet werden. Hierzu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel der Abgeordnetenkammer, damit diese u.a. kontradiktorische Hearings mit Experten organisieren bzw. Studien und Audits in Auftrag geben kann... dies im Sinne einer lebendigeren Debatte und einer Versachlichung der Diskussion.
- Veröffentlichung der Berichte der Kommissionssitzungen: es ist unverständlich warum diese Dokumente nicht zugänglich sein sollten.

Schaffung des Postens eines "politischen Beamten" auf Zeit

3

Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass eine Regierung nicht die Möglichkeit hat, in ihren Ministerien, für die Zeit einer Legislaturperiode, gezielt politische Beamte einzustellen. Bei der eminenten Bedeutung, die ranghohen Beamten in einer Verwaltung zukommt, müssten diese Posten auch politisch besetzbar sein. Eine Reform der aktuellen Handhabung drängt sich auf.

Förderung der partizipativen Demokratie

4

Das Gesetzesprojekt zur Einführung des Referendums ist einerseits aufgrund bestimmter Modalitäten umstritten (zu hohe Hürden für die Durchsetzung eines Referendums u.a.). Vor allem aber ist ein Referendum lediglich als eine Art "end of pipe" – Instrument der Bürgerbeteiligung anzusehen. Grundsätzlich sollten neue Instrumente der direkten Demokratie im Vorfeld von Entscheidungsprozessen gefördert werden. Hierzu gehören u.a.:

- Förderung der Umsetzung des Rio–Agenda 21-Beteiligungsprozesses auf lokaler, kommunaler und regionaler Ebene, z.B. bei der Erstellung von Bebauungsplänen oder Verkehrskonzepten.
- Verstärkte Ausbildung von Moderatoren vom Bürgerbeteiligungsprozessen, von Diskussionsveranstaltungen u.a.m.
- Durchforstung aller bestehenden Gesetzestexte, im Hinblick auf eine verstärkte Einführung von Elementen einer direkten Demokratie.

Die Frage muss erlaubt sein, ob nicht derartige proaktive Instrumente, die geeignet sind den Bürger an der Politikgestaltung zu interessieren, weitaus sinnvoller sind als ein Wahlzwang.

Ein Ausbau der Demokratie auf regionaler Ebene setzt ebenfalls voraus, dass gewählte Vertreter in den Gemeinden über die zeitlichen Möglichkeiten sowie die Kompetenzen verfügen, partizipativere Formen der Demokratie auch umzusetzen. Dies kostet Zeit – verlangt auch ein gewisses Wissen über Gruppenprozesse u.a. Deshalb sollten Verbesserungen auf der Ebene der Freistellung / Weiterbildung von GemeinderätInnen gewährleistet werden:

- der congé politique sollte ausgeweitet werden, auch angesichts des zunehmenden Aufgabengebietes der Gemeindepolitiker,
- eine systematische Weiterbildung der Entscheidungsträger sollte darüber hinaus gewährleistet werden.

Stärkung des ehrenamtlichen gesellschaftlichen Engagements der Zivilgesellschaft

5

Die Bereitschaft der BürgerInnen sich zu engagieren ist nach wie vor hoch. Nur hat sich die Art und Weise des Engagements gewandelt (begrenztes zeitliches Engagement, erhöhtes Fachwissen erforderlich u.a.m.). Auf staatlicher Ebene muss dieser Veränderung Rechnung getragen werden, in dem die Rahmenbedingungen für das Engagement verbessert werden. Hierzu gehören u.a.:

- Einführung des "congé associatif / politique"
- stärkere finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Verbesserung der Integration

6

Es ist ein erheblicher Verlust auch an menschlichem Know-How und kultureller Vielfalt, dass nach wie vor hohe Barrieren zur Integration der ausländischen MitbürgerInnen in Luxemburg bestehen, auf der Ebene der Sprachenssituation, des Wahlrechtes u.a.m. Auch die Einbindung der GrenzgängerInnen in das gesellschaftliche Leben ist nur sehr begrenzt gegeben. Die Situation ist in dieser Form einer Demokratie nicht würdig und erfordert ein offensiveres Aufgreifen dieser Thematik. Dies efordert neben einerr Debatte über grundsätzliche Fragen, wie die Organisation der Wahlen, auch eine Diskussion darüber, wie im ganz konkreten das Mitwirken, z.B. auch innerhalb von ONGs, seitens des Staates gefördert werden kann.

Generelle Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bereich Demokratie

7

Das Ergreifen einer Reihe von weiteren Instrumenten zur Stärkung der demokratischen Strukturen müsste an sich eine Selbstverständlichkeit sein:

- **Umsetzung der Aarhus-Konvention**: Luxemburg hätte die sog. Aarhus-Konvention, die den Bürgern stärkere Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte gewährleistet, seit Jahren umsetzen müssen. Die neue Regierung müsste sich festlegen, dieses Defizit innerhalb eines Jahres zu beheben.
- **Klagerecht für Umweltschutzorganisationen einführen**: Seit Jahren wird davor zurückgeschreckt, den Umweltschutzorganisationen Klagemöglichkeiten einzuräumen. Diese untragbare Situation, die ebenfalls der Aarhus-Konvention widerspricht, müsste behoben werden.
- **Gezielte Anstrengungen im Sinne einer "société de l'information"**: Neben der Aarhus-Konvention gilt es weitere Schritte im Sinne einer offensiveren "société de l'information" zu treffen. Das Internet sollte als Chance begriffen werden für:
  - einen benutzerfreundlichen und möglichst vollständigen Zugang zu Informationen und Diensten des Staates sowie parastaatlicher Organisationen
  - eine verbesserte Kommunikation (nicht nur "top down") zwischen Bürgern, Zivilgesellschaft, Ämtern und politischen Verantwortlichen
  - eine verstärkte Partizipation der Bürger und der Zivilgesellschaft durch deren Teilnahme an Meinungsbildungsprozessen auf lokaler und nationaler Ebene über das Internet.

Stärkung der Kompetenzen von Jugendlichen / Politische Bildung gewährleisten

8

- Die **politische Bildung** in unserem Schulsystem führt ein Mauerblümchendasein... Die Lehrpläne sollten im Hinblick auf eine stärkere und systematische Verankerung der politischen Bildung untersucht werden, parallel sollten mittels Pilotprojekten neue methodische Formen für die Bildung im politischen Bereich entwickelt werden.
- Darüberhinaus gilt es die **autonomen Möglichkeiten des Engagements** von Jugendlichen im gesellschaftspolitischen Bereich, d.h. auch über Jugendhäuser u.ä. hinaus, offensiv organisatorisch und finanziell zu unterstützen.

Reform des Staatsrates

9

Die Zusammensetzung sowie die Funktionsweise des Staatsrates sind aus demokratischer Sicht nach wie vor als recht problematisch zu werten: so z.B. die Tatsache, dass der Staatsrat in so ausgeprägter Form wie bis jetzt Gesetzesprojekte zeitlich bevorzugen oder verschleppen kann bzw. dass hohe politische Regierungsbeamte Mitglied im Staatsrat sind. Eine Debatte über die Rolle, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Staatsrates drängt sich weiterhin auf.

Reduktion der Ämterhäufung bzw. Offenlegung der Mandate

10

Problematische Ämterhäufungen sollten in Zukunft konsequent verhindert werden – hier gilt es klare Reglementierungen zu treffen. Ebenso gilt es die Mandate von öffentlichen Entscheidungsträgern offen zu legen, um somit evtl. Interessenskonflikte in aller Ehrlichkeit zu verhindern.

Integration von Demokratie-Aspekten in die Indikatorenliste der nachhaltigen Entwicklung

11

Nach dem Vorbild anderer Länder sollten Indikatoren, betreffend demokratische Aspekte, wie z.B. die Bürgerbeteiligung, in die Indikatorenliste aufgenommen werden

---

Landesplanung

Priorität für die regionale Entwicklung

Aktuelle Politik

Die zu Ende gehende Legislaturperiode ist in erster Linie gekennzeichnet durch die Veröffentlichung des Programmes der Landesplanung und die Erarbeitung eines Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes (IVL).

Abgesehen von der Revitalisierung der Industriebrache Belval-West – ein sicher äußerst wichtiger Meilenstein zur Dezentralisierung der Aktivitäten in Luxemburg und zu neuen Konzepten der Urbanität – ist jedoch vor Ort wenig erfolgt, um die Zersiedlung der Landschaft in den Griff zu bekommen. Eine Weiterentwicklung der regionalen Kooperation ist mit Ausnahme der beiden Naturparks im Norden des Landes nicht zu verzeichnen. Das Gleiche gilt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie das Bsp. IKEA unter Beweis stellt. In wieweit die Reform des Gesetzes von 1937 betreffend die Bebauung der Ortschaften die in sie gesetzten Ansprüche zu erfüllen mag, ist beim Verfassen der vorliegenden Analyse noch nicht abzusehen.

Der Handlungsbedarf

Das Programm der Landesplanung, so wie es 2003 veröffentlicht wurde, stellt aus der Sicht des Mouvement Ecologique – zusammen mit dem Plan für eine nachhaltige Entwicklung – die Grundlage für die Politik der nächsten Jahre dar. Dies gilt auch für die Grundthesen des IVL-Konzeptes, wobei jedoch die Detailorientierungen bzw. die vorgeschlagenen Maßnahmen einer eingehenden und kontradiktorischen Diskussion bedürfen.

Nach wie vor tritt der Mouvement Ecologique für eine demokratische Landesplanung ein und wendet sich kategorisch gegen den Versuch z.B. über die sektorielle Planung Konzepte “von oben“ gegen den Willen von Gemeinden und Bevölkerung durchzusetzen. Landesplanung braucht Akzeptanz – Akzeptanz setzt demokratische Meinungs- und Entscheidungsprozesse voraus.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung (1), das Programm der Landesplanung (2), sowie das IVL-Konzept (3):

Anspruch	Wirklichkeit
Stabilisierung des Flächenverbrauches bis 2005 bzw. Minderung um 50% bis 2010 (1) durch u.a. Reform der Grundsteuer sowie Einführung eines Bodenschutzgesetzes bzw. der Umwelthaftung (1) (3).	Es findet keine Verlangsamung des Flächenverbrauches statt, dieser nimmt ungemindert weiter zu; die Einführung eines Bodenschutzgesetzes wurde fallen gelassen.
Prioritäre Entwicklung der Innenbereiche der Siedlungen statt freier Flächen in der Peripherie – Schaffung von Ausgleichs- und Erholungsräumen (2) (3).	Aufgrund fehlender Instrumente bzw. eines fehlenden politischen Willens zur Umsetzung dieser Maßnahmen besteht weiter ein ungehemmter Druck auf freie Landschaft.
Förderung einer dezentralen, regionalen Entwicklung mit sog. zentralen Orten und einer Komplementarität Stadt-Land (2) (3).	Es fehlt nach wie vor an (finanziellen) Anreizen zur Zusammenarbeit bzw. an regionalen Strukturen – bei politischen Entscheidungen wird das Konzept der "zentralen Orte" kaum berücksichtigt.
Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit auf regionaler und grenzüberschreitenden Ebene (2) (3).	Anreize bzw. der politische Willen dieser Zusammenarbeit fehlen.
Koppelung der Siedlungsentwicklung an die Entwicklung des Schienennetzes (3).	Es gibt keine entsprechenden Instrumente, ebenso mangelt es an politischem Willen.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- 😐 Klärung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden Nachdenken über die Gemeindefinanzierung
- 🙂 Reform des Gemeindesyndikatsgesetzes
- 🙂 Verabschiedung des programme directeur der Landesplanung
- ☹ Erstellung von sektoriellen Plänen Transport, Wohnungsbau, 🙂 Lyzeen
- ☹ Förderung der regionalen Konzentration, Verbesserung der regionalen Koordination und Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- ☹ Erstellung von regionalen Entwicklungsplänen
- 🙂 Rekonversion der Industriebrachen vorantreiben
- ☹ Schaffung weiterer Naturparke
- ☹ Unterstützung jener Gemeinden, die verstärkt grenzüberschreitend arbeiten wollen
- ☹ Klärung der Entschädigungsfrage bei der Umklassierung im Rahmen eines PAG

Forderungen des Mouvement Ecologique

Schaffung eines "Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement"

1 Dieses Ministerium, das in Personalunion mit dem Innenministerium geführt werden sollte, sollte nicht nur für die Ausführung des Gesetzes von 1937 betreffend die Bebauung der Ortschaften, sondern auch für die ländliche (développement rural) und städtische Entwicklung (développement urbain) sowie den Wohnungsbau (logement) zuständig sein. Diese Bündelung sollte Synergien zwischen den einzelnen Bereichen und somit eine Bündelung der Vorgehensweise ermöglichen. Das Ministerium sollte vom Innenministerium selbst getrennt funktionnieren.

Gleichzeitig sollte auf der Ebene des Staatsministeriums eine Zelle "Coordination du développement soutenable et de l'aménagement du territoire" geschaffen werden. Dies um die Konzeption der übergeordneten Raumplanung zu gewährleisten (siehe Kapitel Regierungsarbeit).

Umsetzung des IVL

2 Grundsätzlich begrüsst der Mouvement Ecologique nach wie vor die Erstellung des Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes (IVL), dies trotz einer Reihe von Schwachstellen. Es gilt nunmehr das Dokument mit Leben zu füllen. Der Mouvement Ecologique setzt sich für einen strukturierten Diskussionsprozess (und nicht nur für Informationsveranstaltungen!) auf allen Ebenen ein (regional, innerhalb von runden Tischen mit allen Akteuren....). Vor allem gilt es aus dem IVL eine Prioritätenliste herauszuschälen und kurzfristig Instrumente zu benennen, um die Projekte – welche dem IVL zuwiderlaufen (siehe Entwicklung Gasperich, Cloche d'Or) – in den Griff zu bekommen.

Förderung regionaler Strukturen

3 Regionale Strukturen sind die Voraussetzung schlechthin für die Landesplanung sowie demokratische Entscheidungsprozesse und sollten gefördert werden durch:

- finanzielle Anreize in Form eines "Fonds régional" bzw. eine entsprechende Anpassung der Subventionssysteme in den verschiedenen Politikbereichen. Ziel muss sein, regionale Projekte gegenüber rein kommunalen zu bevorzugen
- eine nachvollziehbare Einteilung der Kompetenzen zwischen Staat, Regionen und Gemeinden. Diese Debatte muss gezielt weitergeführt werden – u.a. gilt es auch bei jedweden Reformprojekten diese Überlegungen zu integrieren (z.B. Gesetz über öffentlichen Transport).

Die notwendige Akzeptanz für regionale Strukturen setzt allerdings eine Identifizierung mit der Region, d.h. einen überschaubaren Rahmen mit gemeinsamen Anliegen, voraus.

Im Zusammenhang mit der Schaffung regionaler Strukturen gilt es ebenfalls die Idee der Naturparke voranzutreiben.

Erstellung regionaler Entwicklungspläne sowie sektorieller Pläne

4 Die umgehende Erstellung regionaler Entwicklungspläne (Süden, Nordstad...) sowie sektorieller Pläne (Transport, Landschaftsschutzgebiete, Aktivitätszonen...) ist ein Muss! Ebenso die aktive Beteiligung der Bevölkerung sowie aller interessierten Akteure.

Transparenz schaffen in den Genehmigungsprozeduren

5 Genehmigungsprozeduren für öffentliche Bauvorhaben sind vielfach für den Bürger nicht nachvollziehbar: berücksichtigen die Projekte ökologische Standards? Entsprechen Sie den Vorgaben des Planes für eine nachhaltige Entwicklunge bzw. dem Landesplanungsprogramm? Um dies sicher zu stellen muss ein allgemeingültiges Bewertungsraster erstellt werden, das für die Öffentlichkeit einsehbar ist.

Förderung neuer, weniger flächenverbrauchender, attraktiver Wohn- und Bauformen

6 Im Respekt der städtischen und ländlichen Verschiedenheiten sollten neue, weniger flächenverbrauchende Bauformen gezielt unterstützt werden, u.a. durch die Förderung von Pilotprojekten, die Organisation einer zielgruppenorientierten Sensibilisierungskampagne u.a.m.

Beteiligung der BürgerInnen sowie von Interessegruppen an Planungsprozessen

7 Die aktive Beteiligung von BürgerInnen und Interessegruppen an Planungsprozessen sollte gezielt ausgebaut werden. Dies mit dem Ziel, dass BürgerInnen nicht nur in "letzter Phase" intervenieren können, sondern von Beginn einer Entwicklung an involviert sind. Erfolgen sollte dies u.a. durch die (Weiter-)Entwicklung regionaler Beratungs- und Animationsstrukturen (nach dem Vorbild der Naturparke bzw. der ländlichen Entwicklung) sowie die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Moderation von Gruppen.

Konkrete Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene

8 Die Idee der Großregion und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollte vom Papiertieger zur Wirklichkeit werden. Dies u.a. durch die Schaffung des Naturparkes "Dreiländnereck", eine Zusammenarbeit von Belval-Ouest mit den anliegenden französischen Gemeinden bzw. einer grenzüberschreitenden Raumplanung.

Einführung einer Anti-Spekulationssteuer bzw. grundlegende Reform der Grundsteuer

9 Das heutige Steuersystem, und vor allem die Struktur der Grundsteuer, ist veraltet und bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung. Dies derart, dass umweltschonende Nutzungen privilegiert werden, ebenso wie bestimmte Bau- und Nutzungsformen. Um endlich die vermehrte Freistellung von Bauland innerhalb der Gemeinden zu ermöglichen, sollte umgehend eine Spekulationssteuer eingeführt werden.

Natur und Landschaftsschutz

fachlich begründen, professionell umsetzen!

Aktuelle Politik

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass in den letzten Jahren der Naturschutz im Begriff ist, zunehmend an Akzeptanz u.a. in denen von Naturschutzarbeiten betroffenen Berufskreisen zu verlieren. Dies liegt auch daran, dass anstatt einer nachvollziehbaren Prioritätenliste und einer wissenschaftlich begründeten Vorgehensweise ein punktuell ausgerichteter und vielfach amateurhafter Aktionismus seitens der Forstverwaltung erfolgt. Darüber hinaus ist es u.a. nicht gelungen, die Notwendigkeit großer, intakter Landschaften in der Öffentlichkeit zu thematisieren und diese für Natur und Mensch wichtigen Räume dauerhaft zu schützen.

Lobenswert ist jedoch, dass die EU-Habitatdirektive in Luxemburger Recht umgesetzt wurde, bzw. der Naturschutz auf Gemeindeebene vorangetrieben werden konnte.

Der Handlungsbedarf

Wesentliches Ziel in der nächsten Legislaturperiode muss der Aufbau einer multidisziplinär besetzten Naturschutzbehörde – unabhängig von der Forstverwaltung – , die Schaffung einer wissenschaftlichen Struktur sowie eine kurzfristige Umsetzung eines mittelfristigen Aktionsplanes im Natur- und Umweltschutzbereich sein.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung (1), das Audit betreffend die natürliche Umwelt (2) sowie im Programm der Landesplanung (3)

Anspruch	Wirklichkeit
Schaffung eines nationalen Biodiversitätsnetzes mit u.a. Naturschutzzonen (Ziel: 5% des Territoriums im Jahre 2010).	Die Ausweisung von Naturschutzzonen erfolgte entgegen den Aussagen des Koalitionsabkommens auch in dieser Legislaturperiode im Schneckentempo (nach 22 Jahren sind insgesamt erst 1/5 der auszuweisenden Gebiete geschützt).
Habitat-Zonen (ca 15% bis 2004 auszuweisen)	Habitatzonen wurden durch das Naturschutzgesetz ausgewiesen, Pflege- und Entwicklungspläne wurden aber erst für wenige Gebiete in Auftrag gegeben.
sowie "couloirs écologiques" (1).	Die "Couloirs écologiques" sind noch inexistent.
Integration des Naturschutzes u.a. in die Land- und Forstwirtschaft.	Positiv ist die Erstellung eines "Naturbësch"-Konzeptes; es erfolgt nur eine progressive (jedoch langsame) Ausweisung der Naturwaldgebiete, u.a. durch die Opposition einzelner Bediensteter der Forstverwaltung.
Keine Erhöhung der Anzahl der Arten auf den Roten Listen. Keine Verschlechterung von deren Gefährdungsstatus (1).	Die Anzahl der Arten auf Roten Listen nimmt weiter zu. Generell hat eine Verschlechterung von deren Gefährdungsstatus stattgefunden, nur wenige Arten, die durch direkte Verfolgung gefährdet waren, erholen sich.
Maßnahmen zum Schutz großflächiger Landschaften (bis 2005) (1) (3).	Vorarbeiten hierzu erfolgten im Rahmen des IVL-Konzeptes. De facto aber gibt es noch keinen sektoriellen Plan "paysages protégés" – in der Praxis werden schützenswerte Landschaften immer wieder durch problematische Nutzungen bedroht (siehe Meysemburg, Grass bzw. Straßenbauprojekte).
Stabilisierung des Flächenverbrauches bis 2005 bzw. Minderung um 50% bis 2010 (1) durch u.a. Reform der Grundsteuer sowie Einführung eines Bodenschutzgesetzes bzw. der Umwelthaftung (1) (3).	Es erfolgte keine Verlangsamung des Flächenverbrauches, dieser nimmt ungemindert weiter zu; die Einführung eines Bodenschutzgesetzes wurde fallen gelassen.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- ☹ Festlegen von Zielen im Naturschutzbereich
- ☹ Verabschiedung eines sektoriellen Planes von großen Landschaftsgebieten sowie Waldgebieten
- ☹ Schaffung von "zones vertes interurbaines"
- ☹ Erstellung eines Bodenschutzgesetzes
- 😐 Verabschiedung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten
- ☺ Unterstützung der Gemeinden im Naturschutzbereich
- 😐 Stärkere Kooperationsprogramme mit der Landwirtschaft umsetzen
- ☹ Schaffung von Quellschutzgebieten
- ☺ Schaffung von Naturwäldern
- 😐 Bewirtschaftung der anderen Wälder nach Nachhaltigkeitskriterien
- ☹ Berücksichtigung der "plans verts" im 37er Gesetz

Forderungen des Mouvement Ecologique

Festlegen kurz- und mittelfristiger Prioritäten in der Naturschutzpolitik

1

Auf der Grundlage des Planes für eine nachhaltige Entwicklung bzw. des Audits der natürlichen Umwelt sollte eine **wissenschaftlich fundierte Prioritätenliste** im Natur- und Umweltschutzbereich erstellt werden. Diese sollte, neben den fachlichen Zielvorgaben, auch die zukünftige **Kommunikationsstrategie des Natur- und Landschaftsschutzes gegenüber den BürgerInnen bzw. den anderen Akteuren** (u.a. Land- und Forstwirtschaft) ausdrücklich festlegen.

Auf der **gesamten Fläche** sollten in einem Partenariat mit Land- und Forstwirtschaft **naturnahe Bewirtschaftungsformen** gefördert werden.

Die **Ausweisung und die Amenagierung von wertvollen Naturschutzzonen** (5% des Territoriums) sollte beschleunigt werden. Kurzfristig sollte ein **sektorieller Plan für geschützte Landschaften** erstellt werden. Was die Schutzmaßnahmen in den Habitat-Zonen (14% des Territoriums) anbelangt, so ist im Hinblick auf die notwendige Berichterstellung an die EU-Behörden bis 2006 eine Prioritätenliste aufgrund fachlicher Vorgaben zu erstellen.

Schaffung unabhängiger fachlich-wissenschaftlicher Strukturen

2

Luxemburg braucht endlich den Herausforderungen entsprechende fachlich-wissenschaftliche Strukturen im Naturschutzbereich. Der Mouvement Ecologique wiederholt seine Forderung nach einer **unabhängigen Natur- und Umweltschutzverwaltung** und die entsprechende **Loslösung des Naturschutzes aus der Forstverwaltung**.

Daneben ist eine **wissenschaftliche Instanz** zu schaffen, z.B. im Rahmen der "Université du Luxembourg", die – in Zusammenarbeit mit u.a. dem Naturhistorischen Museum – für die Gewährleistung der notwendigen Wissenschaftlichkeit bei der Festsetzung der Prioritäten bzw. für die entsprechende Erfolgskontrolle (monitoring) zuständig ist.

Alle zwei Jahre soll unter der Verantwortung dieses Gremiums ein wissenschaftlicher **Bericht zur Lage der natürlichen Umwelt** mit Empfehlungen zur Prioritätengestaltung veröffentlicht werden. Dieser Bericht soll zwischen allen staatlichen, kommunalen- und Nicht-Regierungsakteuren diskutiert und anschließend veröffentlicht werden.

Die Zusammenarbeit aller Akteure im Natur- und Umweltschutzbereich sollte verstärkt und eine präzise Aufgabenteilung zwischen den Akteuren angestrebt werden. In dem Zusammenhang ist das Arbeiten mit Globalbudgets zwecks Effizienzsteigerung, wie im Naturschutzaudit vorgeschlagen, einzuführen.

Naturschutzbeauftragter im Umweltministerium

3

Um, wie in der Vergangenheit, eine nicht wünschenswerte Verselbständigung der Verwaltungsebene zu verhinderen, soll das Umweltministerium im Naturschutzbereich durch einen hohen politischen Beamten mit fachlicher Kompetenz verstärkt werden, der ausdrücklich für diesen Bereich zuständig ist.

Für die Genehmigungsprozeduren soll ein allgemeingültiges, nachvollziehbares Bewertungsraster erstellt werden, das für die Bürger und Gemeinden einsehbar und für die Verwaltung bindend ist.

---

4 Reform des "Fonds de l'environnement"

Für die Nutzung der Gelder des Umweltfonds soll eine nachvollziehbare Kriterienliste erstellt werden, die sich an den von der Politik, aufgrund wissenschaftlicher Fakten, festgelegten Prioritäten orientiert. Es kann sich also nicht wie bisher um reine Infrastrukturprojekte (Besucherzentren) handeln. Vielmehr muss ein substantieller Anteil der Finanzmittel auch für den eigentlichen Naturschutz bereit gestellt werden.

Renaturierungsprojekte von Fließgewässern sollen in Zukunft nicht mehr über den Umwelt- sondern den Wasserschutz-Fonds abgewickelt werden.

5 Nachvollziehbare Eingriffsregelungen erstellen

Statt der aktuellen zum, großen Teil sehr willkürlichen, Kompensationsmaßnahmen bei bestimmten Eingriffen in die natürliche Umwelt, soll ein transparentes System geschaffen werden, wie z.B. die Eingriffsregelung in Deutschland. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kompensierung in einem Zusammenhang mit dem tatsächlichen Eingriff steht.

6 Bodenschutz gewährleisten

Ein juristisch verbindlicher Bodenschutz bleibt weiterhin notwendig, dies zur

- Steuerung und Reduzierung des Bodenverbrauchs
- Unterschutzstellung seltener Bodentypen bzw. schützenswerter landwirtschaftlicher Flächen
- Erhaltung der Bodenfunktionen u.a. für Trinkwasser und Biodiversität
- Sanierung von verseuchten Böden.

Der rechtliche Rahmen für die Sicherstellung dieser Aspekte muss entweder in Form eines separaten Bodenschutzgesetzes oder durch eine Integration in verschiedene bestehende Gesetzgebungen erfolgen.

7 Für ein modernes Waldgesetz

Luxemburg verfügt im Gegensatz zu seinen Nachbarländern über eine uralte und zugleich sehr lückenhafte Waldgesetzgebung, die den Ansprüchen der heutigen Zeit weder aus demokratischer noch aus wissenschaftlicher Sicht gerecht wird. Die Gemeinden müssen in diesem Zusammenhang in ihren eigenen Wäldern, statt eines über 100 Jahre alten Gesetzes, über die "Forêt soumise au régime forestier", das die Forstverwaltung als alleinigen "gestionnaire" sieht, eine verstärkte Verantwortung übernehmen können. In diesem Zusammenhang sollte auch die Frage geklärt werden, ob das Gesetz über die "forêt soumise" überhaupt verfassungskonform ist.

Der Mouvement Ecologique fordert daher, dass das Gesetz über die "Forêt soumise au régime forestier" durch ein modernes Waldgesetz ersetzt wird.

8 FSC-Zertifikation der staatlichen Wälder

Wie alle internationalen Umweltorganisationen, fordert der Mouvement Ecologique, dass Staat und Gemeinden ihre Wälder nach dem anspruchsvollen FSC-Siegel zertifizieren lassen.

Ziel des FSC ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung weltweit zu leisten. Der FSC versteht sich hierbei als Plattform, auf der Vertreter mit unterschiedlichen Interessen am Wald zusammenkommen und einen Konsens über verantwortungsvolle Waldwirtschaft finden können. Aus diesem Konsens werden Bewirtschaftungsstandards entwickelt und Mechanismen für die Vermarktung von entsprechend erzeugten Waldprodukten abgeleitet. Wichtigstes Instrument zur Vermarktung entsprechender Produkte ist die Kennzeichnung der Produkte mit dem FSC-Siegel.

9 Für eine Reform des Jagdgesetzes – Deieren an d'Verfassung!

Das veraltete und nicht mehr zeitgemäße Jagdgesetz muss grundsätzlich reformiert werden. Hierbei gilt es eine Symbiose zwischen Natur- und Tierschutz herzustellen, was die zulässige Bejagung, die Fütterung usw. betrifft.

Der Mouvement Ecologique unterstützt in diesem Zusammenhang die Forderung, den Tierschutz in der Verfassung zu verankern.

Mobilität

Priorität für den öffentlichen Transport

Aktuelle Politik

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass in der letzten Legislaturperiode die Doppelstrategie, d.h. sowohl Verbesserungen im Sinne eines effizienten öffentlichen Transportes als auch der weitere massive Ausbau des Straßennetzes für den Individualverkehr, fortgeführt wurde. Das Resultat: Eine "Verkehrswende" wurde noch nicht erreicht... Die Vorgaben des Planes für eine nachhaltige Entwicklung werden de facto ignoriert (in Bezug z.B. auf eine konsequente Einschränkung des Landverbrauchs und der CO2-Emissionen), wesentliche Elemente der letzten Regierungserklärung harren so ihrer Umsetzung. Zwar wurden positiverweise verschiedene Schieneninfrastrukturen gesetzlich verankert, die notwendigen budgetären Mittel hierzu aber noch nicht im gewünschten Ausmaß zur Verfügung gestellt.

Der Handlungsbedarf

In der nächsten Legislaturperiode gilt es endlich Nägel mit Köpfen zu machen und den Ausbau des Schienennetzes ohne Wenn und Aber in die Praxis umzusetzen. Logischerweise sollte ein weiterer Ausbau des Straßennetzes – vielleicht mit der Ausnahme und dem Zugeständnis für einzelne punktuelle Anpassungen von bestehenden Engpässen – so lange ausgesetzt werden, bis sich das angestrebte Modal Split-Verhältnis von 30% öffentlicher Transport zu 70% Individualverkehr endlich merklich zugunsten des öffentlichen Transportes eingestellt hat.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Reduktion der Belastungen Insgesamt soll der Mobilitäts- und Transportbereich einen signifikanten Beitrag zur Reduktion der CO_2-Emissionen sowie der Schadstoff- und der Lärm-Emissionen leisten.	Die CO_2-Emissionen durch den Mobilitäts- und Transportbereich nehmen stetig zu, die für 2005 – 2010 angestrebte Reduktion liegt jedoch noch in weiter Ferne. Leider muss oder kann man davon ausgehen (es werden hierzu immer noch keine Messungen durchgeführt), dass diese alarmierende Situation ebenfalls auf die Lärmbelastung zutrifft.
Reduktion der Verkehrsbewegungen Die Kostenwahrheit soll gewährleistet werden, um somit irrationale und aus ökologischer Sicht zweifelhafte Verkehrswege zu vermeiden sowie Leerfahrten zu verhindern. Eine Verkehrsvermeidung soll ebenfalls durch eine integrierte Landesplanung erfolgen, z.B. die Aufwertung der sog. "zentralen Orte" sowie eine sinnvolle Dezentralisierung.	- Auf der Ebene der Kostenwahrheit hat sich nichts getan. - Auch die Landesplanung versagt weiterhin in Bezug auf eine praktische und konsequente Umsetzung ihrer klar definierten anspruchsvollen Ziele.
Erhöhung des modal split auf 30 % Es sollen Anstrengungen getroffen werden, um den Anteil des öffentlichen Verkehrs auf 30 % zu erhöhen, dies indem die Angebote einerseits qualitativ sowie quantitativ ausgeweitet, sowie besser aufeinander abgestimmt werden sollen.	Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs vollzieht sich als Flickwerk. Hier und dort werden Linien verstärkt oder neue Linien entwickelt, doch der Erfolg bleibt immer noch mäßig. In der Zwischenzeit entwickelt sich der Individualverkehr auf der Straße dermaßen, dass sogar ein Halten des Anteils vom öffentlichen Verkehr auf gleichem Niveau, eine gewaltige Zunahme im Individualverkehr mit sich bringen wird.
Reduktion der Verwendung besonders belastender Transportmittel bei gleichzeitiger massiver Förderung umweltschonenderer Transportträger, indem die Kostenwahrheit auf allen Transportmitteln eingeführt wird. Hierzu soll bis 2005 ein Steuer- und Taxensystem eingeführt werden, wobei neben den rein wirtschaftlichen auch den sozialen und ökologischen Vorteilen der verschiedenen Transportmittel Rechnung getragen werden soll.	Hier wurde noch nichts im Konkreten entwickelt.
Reduktion des Landverbrauchs Der aktuelle steigende Landverbrauch soll durch weniger flächenintensive Verkehrsinfrastrukturen stabilisiert bzw. sogar gemindert werden.	Der Landverbrauch wurde bis dato nicht reduziert. Auch die laut Landesplanungs-Programm zu entwickelnden sektoriellen Pläne "Mobilité / Transports" sowie "Zones d'activités économiques (commerces, artisanat, industrie, PME/PMI)" warten immer noch auf ihre konkrete Ausarbeitung, so dass eine praktische und räumliche Umsetzung noch immer nicht gegeben ist.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

☺ Bau der TGV-Westanbindung	😐 Schaffung einer operativen Mobilitätszentrale
☹ Schaffung eines nationalen integrierten Verkehrsverbundes	☹ Entscheidung betreffend BTB

Forderungen des Mouvement Ecologique

Verankerung des "modal split" von mindestens 30 % Reduktion der CO_2-Emissionen

1 Es gilt in aller Deutlichkeit festzuhalten, dass das im Plan für eine nachhaltige Entwicklung erstellte Ziel eines landesweiten "modal Split" von 30% auf keinen Fall unterschritten werden darf, ja dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um es sogar noch zu übersteigen. Da jedoch der Modal Split in schwachbesiedelten ländlichen Regionen notgedrungen immer geringer sein wird, als in den enger erschlossenen und verdichteten Siedlungsräumen um die Hauptstadt sowie in der Südregion des Landes, gilt es in diesen Ballungsräumen besondere Anstrengungen durchzuführen. Des Weiteren gilt es auch in diesem Kontext eine Strategie zur Reduktion der CO_2-Emissionen zu gewährleisten.

Umgehende Erstellung des "plan sectoriel transport" mit Prioritätensetzung auf den Umweltverbund

2 Basierend auf den Überlegungen des IVL, des Planes für eine nachhaltige Entwicklung sowie den Anforderungen im CO_2-Bereich, sollte umgehend ein "plan sectoriel transport" erstellt werden. Unerlässlich ist einerseits eine ehrliche und transparente Debatte über die Ausrichtung und Projekte des Planes und andererseits eine deutliche Prioritätensetzung auf den Umweltverbund. Leitlinie bei der Erstellung eines derartigen "plan sectoriel" sollte u.a. ein Ausbau der Verbindungen innerhalb einer Region, eine Definition der regionalen Zentren als Knotenpunkte zum Umsteigen, eine Basisversorgung von einem Stundentakt tagsüber unter der Woche, sowie einem Zwei-Stundentakt zu den Tagesrandzeiten sowie an den Wochenenden sein, teils unter Einsatz der flexiblen öffentlichen Transportmittel. Ebenso sollte – ähnlich wie im Ausland – definiert werden, dass 90% der Bevölkerung die Möglichkeit haben muss, sich abends bis 23.00 mit dem öffentlichen Transport fortbewegen zu können.

Priorität in der Finanzierung der Infrastrukturen

3 Angesichts einer stärkeren Begrenzung der finanziellen Mittel gilt es im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen deutliche Prioritäten auf den Ausbau der Schieneninfrastrukturen und den öffentlichen Transport zu setzen. Die Doppelstrategie Straßenbau und öffentlicher Transport ist angesichts begrenzter Mittel in Frage zu stellen. Eine Prioritätenliste mit konkretem Finanzierungsmodus müsste erstellt werden.

Schaffung eines regelrechten Verkehrsverbundes

4 Das in dieser Legislaturperiode ausgearbeitete Gesetz zum "öffentlichen Transport" und zur Schaffung einer Koordinierungsstelle muss grundsätzlich überarbeitet werden. Notwendig ist auf nationaler Ebene eine Struktur, die nach den Prinzipien eines regelrechten Verkehrsverbundes arbeitet. Dieser Verbund sollte Gemeinden/Regionen, Staat und ausgewählte Akteure aus dem Transportbereich in einem Entscheidungsgremium begreifen und alle Kräfte im öffentlichen Verkehr bündeln (Transportunternehmen, Gemeinden...), zwecks besserer Koordination und angepassten Systemen an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen und Regionen. Aufbauend auf dieser Struktur sollte die bessere Organisation und Koordination des öffentlichen Transportes erfolgen, Diskussionen auch über die Finanzierung der verschiedenen Leistungen erfolgen (z.B. Unterhalt von Bahnhöfen, gemeindeinterner öffentlicher Verkehr wie Citybus, Unterstützung privater Initiativen wie Late night – Bus u.a.), der Tarife für die verschiedenen Kundengruppen überdacht werden (u.a. Familienkarten).

Mobilitätszentrale mit Leben füllen

5 Bis dato wurde die Mobilitätszentrale noch nicht in der Praxis aktiv. Hier sind folgende Korrekturen an der derzeitigen Vorgehensweise unerlässlich:

- Die Zentrale sollte dem Verkehrsverbund unterstellt sein und an einem gut sichtbaren öffentlichen Ort angesiedelt sein.
- Das Aufgabengebiet sollte offensiver ausgerichtet sein, mit u.a. folgenden zusätzlichen Schwerpunkten: Mobilitätskonzepte für Industriezonen; Entwicklung von differenzierten Modellen für den ländlichen Raum sowie für spezifische Bevölkerungsgruppen.

Prioritäten im Ausbau des Schienennetzes

6 Prioritär sollte das Schienennetz unter folgenden Prinzipien ausgebaut werden:

- Einführung eines oberirdischen Bahnhybridsystems durch das Zentrum der Stadt mit Anschluss an die Regionen – Einführung einer modernen Stadtbahn auch im Süden des Landes.
- Ausbau des Schienen-Netzes innerhalb von Luxemburg: Die erforderlichen Gelder und Mittel für die Umsetzung von "mobilité.lu" müssen endlich zur Verfügung gestellt werden. Von Bedeutung sind vor allem die Zweigleisigkeit Petingen-Luxemburg, der Ausbau des Bahnhofs Luxemburg, der Bau des zweiten "Viaduc" Pulvermühle, das Zusatzgleis Bettembourg-Luxemburg, die Instandsetzungsarbeiten am bestehenden Schienennetz, eine "antenne ferroviaire entre Belval-Usine et Belvaux-Mairie".
- Förderung des grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehrs indem weitestgehend auf die Verlängerung von Bus-/Zug-Linien über die Grenzen hinaus gesetzt wird und weniger auf den Bau von P & R an den Grenzen.
- Verbesserung der internationalen Verbindungen zum französischen und deutschen Schnellbahnnetz vor allem nach Lüttich für den Anschluss zum norddeutschen Netz – über Metz / Strasburg zum französischen Netz – über neue Schienen nach Saarbrücken zum südosteuropäischen Raum.

Erstellung eines Strategiekonzeptes zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene

7 Unter Ausreizung der im Rahmen der geltenden EU-Reglemente vorgesehenen Möglichkeiten der Subventionierung der Infrastrukturen, sollte der Güterverkehr soweit wie möglich auf die Schiene verlagert werden. Es muss damit sichergestellt werden, dass Schienengütertransport auch in kleineren Mengen landesweit möglich ist. Andere Möglichkeiten zur stärkeren Verlagerung des Gütertransports, wie obligatorischer Transport von Gefahrgut und flüssigen Brennstoffen über die Schiene, sollten analysiert werden. Auch zur Finanzierung dieser Maßnahmen sollte die Einführung einer streckengebundenen LKW-Maut analysiert werden, dies auch um derart einen Beitrag zur Kostenwahrheit zu ermöglichen.

Gezielte Förderung des Umweltverbundes

8

Generell sollte das Transportministerium gemeinsam mit der Mobilitätszentrale neue Wege zur Förderung des Umweltverbundes gehen. Hierzu gehören u.a.

- Staatliche Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung von Verkehrskonzepten der Gemeinden. Generell gilt es auch, durch die aktive Förderung von flexibleren öffentlichen Personentransport-Trägern den Modal Split zu verbessern.
- Attraktive öffentliche flexible Angebote wie z.B.: Kommunal- und Rufbusse, Sammel- bzw. Seniorentaxi, oder auch noch spezifische Themenbusse zu regionalen ‚Late Night'-, Kultur- u. Jugendveranstaltungen sowie größeren überregionalen und internationalen Konzert-, Sportevents.
- Förderung des nicht motorisierten Verkehrs, indem u.a. die Gemeinden unterstützt werden ihre öffentlichen Infrastrukturen an den Langsamverkehr anzupassen, dies insbesonders auch bei der Planung und dem Bau von innerkommunalen sowie innerörtlichen Fahrradwegen, um somit alltägliche Fahrradbewegungen zur Arbeit, Schule, Versorgung u. Freizeit zu erlauben. Nicht zu vergessen bzw. zu vernachlässigen bleiben nach wie vor deren konsequente Anbindungen an das nationale Fahrradpisten-Netz, das zur Zeit ja vorrangig eine rein touristische bzw. freizeitliche Funktion erfüllt.
- Mittels eines nationalen Förderungsprogramms für den Radverkehr sollten in absehbarer Zeit die Rahmenbedingungen für das Radfahren in Luxemburg konsequenter verbessert werden, dies über Einzelmaßnahmen hinaus.

Liberalisierung im Bereich des öffentlichen Transportes ökologisch und sozial gestalten

9

Der Staat soll die aktuellen Betreiber im öffentlichen Verkehr, sowohl die privaten als auch die öffentlichen, auf dem Weg in die Liberalisierung begleiten und unterstützen. Alle Möglichkeiten müssen dabei ausgeschöpft werden, damit die Dienstleistungen möglichst umweltfreundlich und kundenorientiert gestaltet, sowie die Arbeitsbedingungen sozialgerecht sein werden.

Umweltstandards für motorisierten Verkehr erhöhen

10

Busse und Bahnen müssen zur Auflage bekommen, dass sie die bestmögliche Technologie einsetzen um umweltfreundlichst zu funktionieren und auch ihrerseits CO_2 einzusparen. Im motorisierten Verkehr müssen weitere Instrumente geschaffen werden, damit der verbleibende Verkehr möglichst umweltschonend abläuft, wie z.B.: Förderung von Partikelfiltern bei Dieselfahrzeugen, höhere Besteuerung von Fahrzeugen mit sehr hohem Treibstoffverbrauch, Harmonisierung der Taxen auf Diesel- und Benzin.

Impaktstudien-Direktive endlich umsetzen

11

Es ist schlichtweg als Hohn zu bezeichnen, dass Luxemburg immer noch nicht die Impaktstudien-Direktive betreffend Straßenbauprojekte umgesetzt hat. Dies obwohl die entsprechende Direktive bereits seit Jahren umgesetzt sein müsste. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Ausweg aus der Tanktourismusfalle finden

12

Es ist gewusst, dass mittel- bis langfristig die Nischenpolitik mit dem Tanktourismus aufgrund von EU-Regelegungen in Frage gestellt ist. Außerdem verschlechtern die CO_2-Emissionen aus dem Tanktourismus in erheblichem Ausmaß die CO_2-Bilanz Luxemburgs. Deshalb sollte das Finanzministerium eine Strategie entwickeln, wie ein gradueller Ausstieg aus der Tanktourismusfalle gestaltet werden könnte.

Energiepolitik und Klimaschutz

eine zentrale Herausforderung

Aktuelle Politik

Der Energieverbrauch ist immer noch sehr stark mit dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas, Biomasse verbunden. Da diese Ressourcen endlich sind und eine gerechtere globale Verteilung anzustreben ist, ist das Thema Energie unweigerlich mit den Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung verbunden und demnach nicht – wie bisher – in erster Linie aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten.

Rund 50% der verbrauchten Energie wird in Luxemburg durch den Verkehrssektor verschlungen, wobei sich in den letzten 10 Jahren der Verbrauch verdoppelt hat. Das Thema Energie ist demnach sehr eng mit dem Thema Transport und Mobilität verbunden.

Der Handlungsbedarf

Die Energiepolitik muss generell von der rein wirtschaftlichen Ausrichtung auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Einhaltung internationaler Verträge ausgerichtet werden. Die Verkehrspolitik muss den Faktor "Energieverbrauch und Klimaschutz" stärker berücksichtigen.

Im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform muss Energie und speziell die fossilen Ressourcen zur Energieproduktion graduell zum Vorteil des Faktors Arbeit und der erneuerbaren Energien verteuert werden.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
CO_2-Minderung Das nationale Ziel zur Reduzierung der Treibhausgase um 28% bis 2008-2012 ist gegenüber 1990 erreichen. Die Regierung erstellt einen Plan zur Reduzierung der Treibhausgase auf und setzt diesbezüglich ein mehrjähriges Programm um. Es gibt zwar einen derartigen Plan, er ist jedoch absolut unoperationell und kommt eher einer Absichtserklärung gleich. Es fehlt an einem Zeitplan, einer Hierarchie der Maßnahmen, einer Benennung der verantwortlichen Akteure... Entsprechend erfolgte auch kaum eine konkrete Umsetzung	Außer dem Industriesektor weisen alle anderen Bereiche (Haushalte + Dienstleistung, Verkehr, ...) steigende Werte auf. Dies gilt vor allem für den Verkehrssektor, sowohl für den nationalen Spritverbrauch als auch für den Tanktourismus. Es ist jedoch diese Regierung, die ein modernes attraktives öffentliches Transportsystem durch die Hauptstadt zunichte machte. Das einzige Planungsinstrument auf längere Sicht, das "Integrative Verkehrs und Landesplanungskonzept" analysiert keine klimaneutrale Variante, sondern geht von einer 30% Steigerung des Individualtransports aus.
Energiesparen Die Energieintensität (Verhältnis Bruttoverbrauch / Bruttonationalprodukt) soll bis 2010 um 20% gegenüber 1993 gesenkt werden, dies durch Maßnahmen zur Energieeffizienz und rationellen Energienutzung. Energiesparen und rationelle Energienutzung sind ökonomische und ökologische Notwendigkeiten.	Initiativen zum Energiesparen wurden vom bisher zuständigen Energieministerium nicht ergriffen! Erfolge sind auf die Initiative des Umweltministeriums aufgrund der Schaffung fortschrittlicher Förderreglemente für Privathaushalte und Gemeinden zurückzuführen. Energiesparen, erneuerbare Energien, Klimaschutz... sind für den Wirtschaftsminister schlichtweg kein Thema gewesen. Freiwillige Vereinbarungen der Regierung mit verschiedenen Föderationen (z.B. FEDIL) stellen keine zufriedenstellende Lösung dar. Einerseits sind die getroffenen Vereinbarungen in ihren Zielen anspruchslos resp. vage, andererseits sind keine Folgewirkungen bei Nichterfüllung vorgesehen. Eine eigentliche Energiesteuer wurde nicht eingeführt. Alle Initiativen zur Anhebung der Energiepreise scheiterten am Einspruch der Industrie. Auf EU-Ebene tritt Luxemburg eher als "Bremser" auf.
Energieeffizientes Bauen und Wohnen Der Energieverbrauch zu Wohnzwecken soll bis 2020 um 30% pro Wohnflächeneinheit reduziert werden (im Vergleich zu 1990). Dazu sind Maßnahmen sowohl beim Neubau, wie beim Altbau zu ergreifen.	Die Förderung der Altbausanierung konnte immer noch nicht in die Praxis umgesetzt werden, u.a. weil das Wohnungsbauministerium während Jahren ein viel zu aufwendiges Projekt ('Carnet de l'habitat') bearbeitet und gleichzeitig eine ähnliche Initiative vom Umweltministerium ("Energiepass") blockiert.
Erneuerbare Energien fördern Den Anteil an erneuerbaren Energien im öffentlichen Stromverbrauch gilt es zu verdoppeln von 2,5 % (1997) auf 5 % (2010). Ebenso soll der Gebrauch von Holz als Energiequelle verdoppelt werden, von 0,5 auf 1% bis 2010.	Das Umweltministerien hat ansprechende Förderprogramme für private Haushalte und Gemeinden gestartet, die ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Im Bereich Photovoltaik liegt Luxemburg zur Zeit weltweit an der Spitze der pro Kopf Installationsflächen. Verwunderlich ist außerdem, dass eine entsprechende EU-Direktive nicht vom Umweltministerium sondern vom Wirtschaftsministerium verhandelt wurde. Entsprechend wurde das Ziel - 5,7% an erneuerbare Energien - durch diskutable Energiequellen (Müllverbrennung) und Klauseln (keine Erhöhung des Stromverbrauchs bis 2010) relativiert.
Wärme-Kraft Kopplung erhöhen Der Anteil von Strom aus WKK-Anlagen im öffentlichen Stromnetz soll von7% (1997) auf 15% (2010) erhöht werden.	Aktuelle Zahlen: Anteil WKK 2002 bei 7%
Erhöhung der Eigenstromproduktion Bis 2005 soll der Anteil der Eigenstromproduktion auf 45% vom öffentlichen Verbrauch erhöht werden.	Dies wird durch das Escher GUD-Kraftwerk erreicht. Die aus der Sicht des Umweltschutzes sowie des Kyoto Protokolls so wichtige Auskoppelung der Wärme lässt jedoch immer noch auf sich warten. Im Rahmen der Nutzung der Industriebrache wird diese Energienuzung nun geplant.

Forderungen des Mouvement Ecologique

Neue Struktur für nachhaltige Energiepolitik: Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums

1 Vorrangig ist die Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums, mit allen Kompetenzen im Energiebereich. Dieses Umwelt- und Energieministerium ist in Personalunion mit dem Transportministerium zu führen.

Daneben ist eine eigenständige "Energieagentur" zu gründen.

Nachhaltigkeitskriterien und internationale Verträge einhalten

2 Die Bereiche Energie und Transport müssen den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und internationalen Verträgen (z.B. Kyoto Protokoll, EU-Direktive Emissionshandel mit CO_2-Allokationsplänen) untergeordnet werden und nicht mehr allein durch wirtschaftliche Erwägungen geprägt werden.

Nachhaltige Steuerreform durchführen (siehe Kapitel nachhaltige Entwicklung)

3 Im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform muss Energie im allgemeinen, vor allem aber müssen die fossilen Energieträger (Erdöl, Gas,...) über einen bestimmten Zeitraum graduell verteuert werden. Dies soll mittelfristig die Finanzströme unseres Steuersystems zugunsten des Faktors "Arbeit" und den Energiemarkt zugunsten des Energiesparens und der erneuerbaren Energieträger verschieben.

Zum Thema "Tanktourismus" siehe Kapitel Mobilität.

Kein Freikauf von CO_2-Verpflichtungen ohne nationale Resultate

4 Der Freikauf im Ausland von den eigenen CO_2-Reduktionsverplichtungen ist nicht annehmbar, dies solange keine positiven Resultate in allen Bereichen durch eigenes Handeln in Luxemburg zu verzeichnen sind. Ein Freikauf ohne eigene CO_2-Reduktionen entspricht nicht dem Sinn der Kyoto-Protokolls, ist moralisch nicht zu vertreten und finanziell nicht tragbar.

Mehr Aktionsspielraum für Gemeinden

5 Der Innenminister muss den Gemeinden generell mehr Aktionsspielraum im Energie/Klimabereich gewähren. Der zur Zeit diskutierte Gesetzentwurf über die Bebauung in den Gemeinden von 1937 muss es diesen ermöglichen ebenfalls energetische Kriterien bei Neubaugebieten festzulegen. Das Energieministerium muss die Gemeinden unterstützen, um die eigenen Stromnetze zu behalten.

Energiesparen als oberstes Ziel

6 Energiesparen muss zum zentralen Thema der Energiepolitik werden:

- Die unabhängige Energie-Beratung für Haushalte und Betriebe gilt es, auch dezentral, auszubauen.
- Regelrechte Förder- und Beratungsprogramme für Betriebe, die ihre Produktionsprozesse im Sinne des Energiesparens umgestalten möchten, sollten erstellt werden.
- Ein echtes Programm "Energetische Altbausanierung" des Umweltministeriums muss umgehend in die Praxis umgesetzt werden (wenn nötig losgelöst vom "Carnet de l'habitat" des Wohnungsbauministeriums).
- Die aktuelle Wärmeschutzverordnung für Neubauten aller Art (privater Wohnbereich, Dienstleistungsgebäude und Betriebe) soll überarbeitet werden. Dies mit dem Mindestziel des Niedrigenergie-Standards. Ausserdem müssen Kontrollen am Bau zur Einhaltung der Mindestnormen eingeführt werden.

- Um das Energiesparen auch bei Betriebs- und Dienstleistungsgebäuden anzuregen, gilt es staatliche Subvention für besonders energiesparende Bauweisen zur Verfügung zu stellen.
- Geschaffen werden sollte ein "E-Lëtzebuerg" im Energiebereich mit ähnlichen Geldmitteln.

Erneuerbare Energien weiterhin unterstützen

7

- Der Anteil an erneuerbaren Energien im Strommix darf nicht allein durch Angebot und Nachfrage geregelt werden, sondern durch festgesetzte Anteile im allgemeinen Strommix. Es gilt im Strommix die Kriterien der EU-Direktive anzuwenden (min. 5,7% an erneuerbaren Energien), wobei z.B. der Strom aus Müllverbrennung nicht als erneuerbare Energiequelle angesehen werden darf. Die Mehrkosten für erneuerbare Energien müssen in den allgemeinen Strompreis integriert werden.
- Des Weiteren sollten Kriterien auch für den Einkauf von Strom im Ausland festgelegt werden, wobei darin ein Mindestmass an erneuerbaren Energie sowie atomstromfreie Angebote enthalten sein müssen.
- Die Förderprogramme für erneuerbare Energien müssen über das Jahr 2004 hinaus weitergeführt werden. Eine Gegenfinanzierung über den Strompreis, wie in Deutschland, ist die Voraussetzung dafür.

Investitionen für erneuerbare Energien stärken

8

Der Luxemburger Finanzminister muss seine Position in der Europäischen Investitionsbank BEI nutzen, um die Investitionspolitik dieser staatlichen Bank umzugestalten. Das derzeitige Investitionsverhältnis fossiler Energieträger / regenerativer Energien (95/5) ist nicht mehr hinnehmbar.

Den "kleinen" Kunden im liberalisierten Strommarkt schützen

9

Das Energieministerium muss die Interessen der sogenannten "clients captifs" (Strom/Gas) wahren, ansonsten diese im liberalisierten Markt die finanziellen Zugeständnisse der Netz- und Anlagenbetreiber an die größeren Konsumenten auszubaden haben.

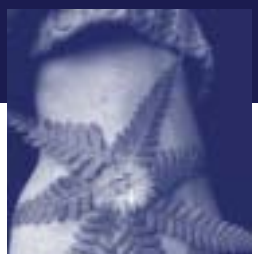
Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

☹	Fertigstellung und Umsetzung des CO_2-Reduktionsplanes
	Förderung des Energiesparens und der rationellen Energienutzung: Umweltministerium 😐 Energieministerium ☹

☹	Einführung einer Energiesteuer
☹	Energetische Altbausanierung
☹	Auskoppelung der Wärme beim GuD-Kraftwerk

Umweltpolitik

Vorsorgende Umweltpolitik im Dienste der Lebensqualität



Aktuelle Politik

Von einer eigentlichen Umweltpolitik in den vergangen Jahren zu sprechen fällt schwer. Die Umweltpolitik glich eher einer "gestion des affaires courantes". Politische Akzente wurden, mit Ausnahme der erneuerbaren Energien, kaum gesetzt, Prioritäten waren wenig erkennbar. Ministerium und Verwaltung konzentrierten sich scheinbar in erster Linie auf die gemäß den Gesetzen anfallenden unerlässlichen Aufgaben, u.a. die Erteilung von Genehmigungen. Und auch in dieser Hinsicht sind leider Mängel unverkennbar.

Was für die Umweltpolitik im allgemeinen gilt, trifft auch für den Abfallbereich zu. Außerhalb des Sonderabfalls ist eine gezielte Abfallpolitik nicht erkennbar. Es happert sowohl an einer Strategie zur Vermeidung / Behandlung der einzelnen Abfallarten als auch an der Gewährleistung einer stärkeren Kooperation zwischen allen Akteuren und ggf. einer Neuaufteilung von Zuständigkeiten. Dies führt dazu, dass Luxemburg EU-weit gesehen ein sehr hohes pro-Kopf-Abfallaufkommen hat. Vor allem aber auch eine Politik auf der Ebene der Industrieabfälle ist nicht erkennbar. Nach dem "Aus" von Haebicht scheint es diese Abfallkategorie nicht mehr zu geben.

Ähnlich ist die Situation auf der Luftreinhalte- sowie der Lärmschutzpolitik zu werten. Offensive Maßnahmen und Strategien fehlen.

Der Handlungsbedarf

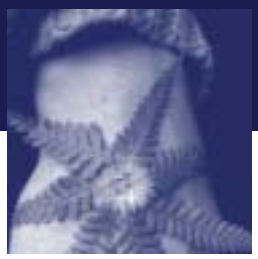
Der Mouvement Ecologique tritt für eine offensive Umweltpolitik ein, auch gemäß dem Plan für eine nachhaltige Entwicklung. Dies setzt entsprechende Strukturen und Akzente im Sinne einer vorsorgenden und integrierten Umweltpolitik voraus, mit Instrumenten und klaren Zielen.

So erwartet der Mouvement Ecologique u.a., dass endlich eine erkennbare Abfallpolitik durchgeführt wird, mit einer deutlicheren Prioritätensetzung auf der Abfallvermeidung (vor allem im gewerblichen, handwerklichen und industriellen Bereich). Auch ist er der Überzeugung, dass eine Debatte über die Organisationsstrukturen im Bereich Abfallpolitik in Luxemburg notwendig ist. Ziel muss es sein, die Abfallmengen gemäß den Zielen des Planes für eine nachhaltige Entwicklung zu reduzieren.

Gleiches gilt für die Luftreinhalte- und Lärmschutzpolitik: es gilt Ziele mit Instrumenten zu versehen.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Streichung von Subventionen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt.	Eine Analyse über den Impakt der diversen Subventionen fand nicht statt, entsprechend auch keine Überarbeitung bzw. Streichung kontraproduktiver Subventionen.
Neugestaltung der Fördermittel im Umweltbereich im Sinne der nachhaltigen Entwicklung.	Eine generelle Überarbeitung der Fördermittel fand nicht statt. In diesem Bereich erfolgte schlichtweg nichts.
Erhöhung der Finanzmittel im Sinne eines integrierten Umweltschutzes.	Der "Fonds de l'environnement" bleibt nach außen untransparent. Es scheint als ob nach wie vor der Großteil der Gelder in "end of pipe"-Maßnahmen gehen würden. Eine Ausrichtung und Prioritätensetzung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist nicht gegeben.
Einsatz von Taxen und Abgaben für gezielte Maßnahmen im Umweltbereich.	Über die Taxen- und Abgabenpolitik fand keine Debatte statt, dies obwohl auch aufgrund von EU-Direktiven bereits in den nächsten 2 Jahren Abänderungen am heutigen System (z.B. Wassertaxe) erforderlich sind.
Bis zum Jahre 2010 sollen gegenüber 1999 die Haushaltsabfälle um 50% pro Einwohner reduziert, 80% der organischen sowie 50% der verwertbaren Abfälle wiederverwertet, 75% des Problemmülls sollten eingesammelt werden.	Zwar wurden Anstrengungen gemacht, doch diese Ziele konnten noch nicht erreicht werden.
Bis zum Jahre 2010 sollen gegenüber 1999 25% des Bauschutts recycelt werden.	Auch dieses Ziel konnte noch nicht erreicht werden, entsprechende Konzepte scheinen zu fehlen.
Nicht Haushalts- oder "assimilés"-Abfälle sollen bis zu 2010 gegenüber 1999 um 15% reduziert, sowie um 75% wiederverwertet werden.	Von der Wahrung dieses Zieles ist Luxemburg noch recht weit entfernt.
Einführung der Kostenwahrheit.	Auf staatlicher Ebene wurde keine entsprechende Initiative ergriffen.
Reduktion der SOx-, Nox-Emissionen sowie der COVs von 70% im Zeitraum 1990 – 2010.	Eine entsprechende Strategie ist nicht erkennbar.



Forderungen des Mouvement Ecologique

Schaffung eines Umwelt-, Transport- und Energieministeriums

1 Zur Bündelung der Kompetenzen auf der Ebene der CO_2- sowie der Energiepolitik sollten das Energie- und das Umweltministerium zusammengelegt werden. In der Konsequenz wäre es darüber hinaus logisch, dass das Transportministerium in Personalunion mit dem Umwelt- und Energieministerium geführt wird.

Politische und fachliche Aufwertung des Umweltministeriums

2 Wie bereits im Kapitel "Nachhaltige Entwicklung" beschrieben, ist das Ministerium im umweltpolitischen Bereich personnell unterbesetzt; eine entsprechende Aufstockung des Personalbestandes u.a. im Bereich Umweltpolitik, nachhaltige Entwicklung sowie Wirtschaft drängt sich auf.

Integration des Wasserwirtschaftsamtes in das Umweltministerium

3 Der Mouvement Ecologique bleibt der Ansicht, dass die Auslagerung des Wasserwirtschaftsamtes aus der Umweltverwaltung einerseits eine Aushöhlung der Kompetenzen des Umweltministeriums bedeutet und andererseits auch inhaltliche / organisatorische Probleme, z.B. auf der Ebene der Betriebsgenehmigungen, birgt. Deshalb sollte das Wasserwirtschaftsamt wieder in das Umweltministerium integriert werden.

Weiterentwicklung der Umweltverwaltung gemäß den Prinzipien des integrierten Umweltschutzes / Schaffung einer Energieabteilung

4 Mit der klassischen Aufteilung in Fachbereiche – Abfall, Luft, Lärm usw. – entspricht die Struktur der Umweltverwaltung nicht den Kriterien eines integrierten Umweltschutzes. Eine Reform der Verwaltung, die ähnlich wie im Ausland stärker auf Interdisziplinarität und Vernetzung setzt, drängt sich auf.

Für eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik / für eine Vorbild- und Vorreiterfunktion des Staates

5 Das Gesetz für öffentliche Ausschreibungen wurde in dieser Legislaturperiode reformiert. Leider wurden hierbei sowohl ökologische als auch soziale Aspekte nur begrenzt berücksichtigt. Unerlässlich ist nun:

- ein allgemeines Lastenheft, das generell bei allen Ausschreibungen Gültigkeit haben muss und soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt;
- detaillierte Lastenhefte (für besonders relevante Bereiche), die gemäß einem Prioritätenkatalog progressiv erstellt werden sollen, mit entsprechenden sozialen und ökologischen Kriterien.

Reform des "Fonds de l'environnement"

6 Dieser Fonds sollte im Sinne einer größeren Transparenz und einer klareren Prioritätensetzung reformiert werden. Prioritär sollten vorsorgende Projekte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unterstützt werden.

Impaktstudien-Direktive umgehend umsetzen

7 Die Tatsache, dass diese so wichtige Direktive noch immer nicht gänzlich in Luxemburger Recht umgesetzt wurde, ist schlichtweg ein Skandal, der im ersten Jahr der nächsten Legislaturperiode behoben werden müsste.

Konsequente Förderung der Umweltmanagement-Instrumente

8 Oeko-Audits und ähnliche Instrumente fristen in Luxemburg nach wie vor ein Mauerblümchendasein. Hier müsste das Ministerium / die Verwaltung endlich proaktiv werden.

Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung effizienter handhaben

9 Losgelöst davon, dass der Mouvement Ecologique grundsätzliche Probleme bei der Handhabung der aktuellen Handhabung der Gesetzgebung hat (unverbindliche Auflagen im Rahmen der Genehmigungen u.a.m.), müssten weitere Akzente gewährleistet werden, so u.a.:

- Verabschiedung einer Reihe von großherzoglichen Reglementen, die im Gesetzestext vorgesehen sind (z.B. betreffend den Umweltbeauftragten);
- Durchführung von regelrechten Beratungsprogrammen bei Betrieben, um deren Umweltstandard zu verbessern
- Massive Verstärkung der Kontrollen der Auflagen, die derzeit nur begrenzt gegeben ist.

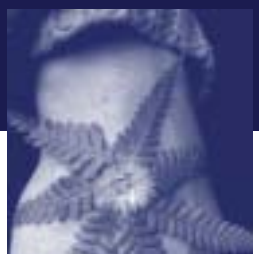
Umgehende Umsetzung der Abfallwirtschaftspläne

10 Die Abfallwirtschaftspläne für die einzelnen Abfallarten sollten umgehend erstellt werden. Hierbei soll ein Prioritätenplan nach den Zielen "Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung" und gemäß den Vorgaben des Planes für eine nachhaltige Entwicklung definiert werden. Zwingend müssten auch die erforderlichen Instrumente, die dafür zuständigen Akteure sowie die Finanzierungsmöglichkeiten dargelegt werden.

Abfallvermeidung mit Leben füllen, vor allem auf betrieblicher Ebene

11 Maßnahmen zur Abfallvermeidung werden zwar u.a. von einer "Superdréckskescht" geleistet, Beratungsarbeit erfolgt auch z.T. vom "Centre de Ressources et de Technologies", doch gälte es hier noch weitaus deutlichere Akzente zu setzen. U.a. folgende Maßnahmen müssten durch die Umweltverwaltung gewährleistet werden:

- Abfallvermeidungsmanagement innerhalb der Staatsbetriebe, damit diese ihrer Vorreiterrolle gerecht werden;
- Verstärkte Unterstützung von kommunalen Initiativen / Beratung von Gemeindesyndikaten bei der Initiierung von Projekten im Bereich der Abfallvermeidung
- Beratung von Betrieben / Analyse der Notwendigkeit der Einführung von gezielten Förderprogrammen für Betriebe, welche besondere Anstrengungen durchführen;
- Durchführung von sehr gezielten Sensibilisierungsaktionen
- Förderung von Projekten im Sinne der Abfallvermeidung, z.B. Gerätepools, Car-Sharing, Reparaturtätigkeiten u.a.m.



Forderungen des Mouvement Ecologique

Stop der weiteren Subventionierung von Entsorgungsanlagen – Herstellung einer Kostenwahrheit

12

Eine weitere Finanzierung von Entsorgungsanlagen macht mittelfristig keinen Sinn, die Kostenwahrheit müsste in diesem Bereich wiederhergestellt werden.

Im Sinne der Herstellung der Kostenwahrheit sollte eine Abgabe auf Sonderabfällen für Betriebe eingeführt und generell über die Einführung von Steuern / Abgaben im Abfallbereich nachgedacht werden.

Unterstützung der Forschung

13

Es sollten gezielt Förderprogramme erstellt werden, mittels derer entweder die Produktion (oder die diesbezügliche Forschung im Vorfeld) von besonders umweltschonend Produkten oder aber deren Produktionsprozess unterstützt wird. Ähnliches sollte eingeführt werden für Produkte, die besonders optimal wiederverwertet werden können.

Dezentrale Anlagen für Kompostierung – Vergärung

14

Die organischen Abfälle sind einer Behandlung mit energetischer Verwertung zuzuführen. Landwirtschaftliche Biogasanlagen sollen bei regionalen Behandlungskonzepten miteinbezogen werden.

Erstellung eines Altlastenkatasters

15

Es sollte umgehend ein Kataster der Altlasten mit einem pluriannuellen Aktions- und Finanzierungsplan zur Umsetzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen erstellt werden.

Überdenken bzw. Valorisierung der bestehenden Strukturen

16

Es sollte über eine Stärkung dezentraler Strukturen sowie über neue Kooperationen zwischen den bestehenden Syndikaten und den Gemeinden nachgedacht werden.

Ernst machen mit der Luftreinhalteplanung

17

In dieser Legislaturperiode wurde endlich eine Art Luftreinhalteplan erstellt, der jedoch eher als Geheimdokument anzusehen ist, und weder öffentlich diskutiert noch vorgestellt wurde. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass das vorliegende Dokument mit Leben gefüllt werden muss. Dies bedeutet:

- Debatte über die allgemeine Ausrichtung des Planes sowie über die anzustrebenden Luftqualitätsziele
- Benennung von konkreten Instrumenten zur Umsetzung des Planes, eines Zeitplanes, der verantwortlichen Akteure sowie eines Finanzierungsrahmens.
- Ggf Abänderung des Entwurfes – in einer weiteren Phase formale Verabschiedung des Planes im Regierungsrat sowie seitens der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer

Im Aktions-Plan sollte unbedingt der Tatsache Rechnung getragen werden, dass eine Reihe von Schadstoffen in Luxemburg weiterhin zunehmen und ggf. Einschnitte in anderen Politikbereichen (cf. Transport, aufgrund der NOx-Emissionen, als Vorläufer des bodennahen Ozons) erforderlich sind.

Da dieser Plan als zentrales Instrument der Luftreinhaltepolitik zu sehen ist, sollte er sich nicht ausschließlich auf die Vorgaben der EU-Politik begrenzen, sondern darüber hinaus wesentliche Fragestellungen für Luxemburg aufgreifen, wie z.B. das bodennahe Ozon. Des Weiteren sollte eindeutig untersucht werden, welche evtl. Abänderungen auf juristischer sowie organisatorischer Ebene für die Umsetzung notwendig sind.

Lärm: endlich zu einem Thema machen!

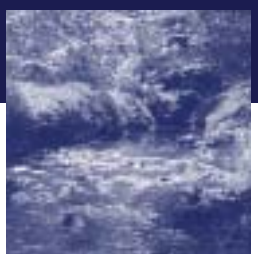
18 Der Lärmschutz ist de facto in Luxemburg kein Thema. Hier gilt es die Verantwortung in der Umweltverwaltung deutlicher zu präzisieren und ebenfalls einen Aktionskatalog zu erstellen: wie können bestehende, z.T. illegale Lärmquellen beseitigt werden (z.B. auf der Ebene von verschiedenen Betrieben), wie kann der Lärm durch den Verkehrsbereich reduziert werden, wie kann generell einer weiteren Verlärmung unseres Landes entgegengewirkt werden? Entsprechende Schritte drängen sich im übrigen z.T. auch aufgrund von EU-Direktiven auf.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- ☹ Vorsorgeprinzip sowie Vorbildfunktion des Staates umsetzen
- 😐 Einführung einer Öko-Steuer
- ☹ Ausbau der Förderprogramme im Umweltbereich, Stärkung des Oeko-Audits
- ☹ Studie über die Entwicklungsaxen, um Umwelt- und Wirtschaftspolitik stärker zusammenzubringen
- ☹ Überarbeitung bestehender Förderprogramme aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien – Erstellung gezielter neuer Programme
- ☹ Verabschiedung der Ausführungsreglemente der Kommodo-Gesetzgebung
- ☹ Umsetzung von Beratungsprogrammen für Betriebe, Unterstützung der Berufskammern bei derartigen Projekten
- 😐 Erstellung eines Luftreinhalteplanes sowie eines "plan de qualité de l'eau" mit festen Grenzwerten
- ☹ Verankerung der Umwelthaftung
- ☹ Fortführung der Abfallwirtschaftspläne
- ☹ Erstellung eines Konzeptes betreffend die Industrieabfälle
- ☹ Überarbeitung bestehender Strukturen im Abfallbereich
- 😐 Unterstützung der Valorisierung organischer Abfälle sowie der Biogasanlagen
- ☹ Erstellung eines Altlastenkatasters

Wasserwirtschaft

EU-Rahmenrichtlinie offensiv umsetzen



Aktuelle Politik

Der Transfer der Wasserkompetenzen ins Innenministerium hatte am Anfang der Legislaturperiode eine Erwartungshaltung gegenüber einer neuen Dynamik in der Wasserpolitik erzeugt. Der zentrale Aufhänger des Koalitionsabkommens, die Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes, wurde jedoch erst auf den letzten Drücker am Ende der Legislaturperiode im Parlament durchgepeitscht. De facto existierte das Wasserwirtschaftsamt während der letzten vier Jahre in einem rechtsfreien Raum, ein Umstand der bewirkte, dass statt Aufbruchstimmung eher das dumpfe Geräusch eines Rohrkrepierers wahrzunehmen war.

In vielen Bereichen wurde die Arbeit nach bewährtem Muster fortgeführt ohne dass ein Aufwind in der Wasserpolitik spürbar gewesen wäre. Dabei drängt die Zeit: Die EU-Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet eine bindende Agenda, die konsequent gestaffelte Ziele in den nächsten zehn Jahren setzt und 2015 den guten Zustand der Gewässer erreichen muss. Das Wasserwirtschaftsamt ist mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) völlig überfordert. Personalmangel, Konzeptlosigkeit sowie unzureichend geförderte Interdisziplinarität führen gerade bei integrativen Forderungen wie der Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für die einzelnen Flusseinzugsgebiete dazu, dass das Wasserwirtschaftsamt permanent europäischen Vorgaben hinterher hechelt statt die Möglichkeiten der Rahmenrichtlinie kreativ zu nutzen um eine nachhaltige Wasserpolitik voranzutreiben.

Der Handlungsbedarf

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie muss offensiv vorangetrieben werden unter Beteiligung der hierzulande vorhandenen Kompetenzen (Verwaltungen, Syndikate, Landwirtschaft, Industrie, Forschungszentren, Umweltverbände, Öffentlichkeit). Dazu ist es notwendig diese, Richtlinie konsequent in nationales Recht umzusetzen und sich dabei auch die Mittel zu geben, die gesteckten Ziele zu erreichen. Eine radikale Umkrempelung der Wasserwirtschaft vom subventionierten Müßiggang zu einem effizienten und verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Wasser muss bis Ende des Jahrzehnts abgeschlossen sein.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Die Qualität der Gewässer steigern sowie die ökologische Funktion der Flussläufe und deren Auen bis 2010 wiederherstellen.	Wasserklärung und Renaturierungsmaßnahmen werden unkoordiniert durchgeführt: Besonders an der stofflich belasteten Alzette ist der Erfolg des Gewässerschutzes fraglich.
Nachhaltige Bewirtschaftung der Grundwasserquellen, Einhaltung der Grenzwerte für Schadstoffe (bis 2010).	Die mittel- und langzeitigen Reserven der Grundwasserkörper sind unbekannt und werden bei der Erschließung von neuen Fassungen durch Bohrungen nicht in Betracht gezogen. Die Infrastrukturen sind vielerorts veraltet und gefährden akut die Wasserqualität. Finanzielle Überlegungen sind meist ausschlaggebend bei der Erschließung neuer Ressourcen.
Ausweisung aller Schutzzonen mit spezifischen Auflagen bis 2005.	Trotz der allgemeinen Verschlechterung der Wasserqualität (u.a. Nitrat- und Pestizidgehalte) wurden Trinkwasserschutzzonen um Quellfassungen immer noch nicht ausgewiesen und die Nutzungsreglementierung in diesen Gebieten weiterhin nicht festgelegt.
Anschluss aller Haushalte und Industrien an effiziente Kläranlagen.	In den dicht besiedelten Gebieten können die Kläranlagen mit dem Siedlungszuwachs nicht mithalten. Ein Großteil der Kläranlagen, besonders um die Stadt Luxemburg, ist veraltet, hoffnungslos überlastet und funktioniert dementsprechend unbefriedigend. Der Schutz der stark gefährdeten kleinen Gewässer durch dezentrale, kleinmaßstäbige Lösungen wird vernachlässigt.
Schaffung einer "structure intégrée de gestion des eaux" bis zum Jahre 2005.	Das Wasserwirtschaftsamt ist im Moment nicht mehr als die Summe der Einzelteile aus denen es zusammengesetzt wurde. Es fehlt an einer koordinierten und interdisziplinären Wasserpolitik.
Bis 2005 soll Kostenwahrheit hergestellt sein (Kostendeckender Wasserpreis) .	Die Wasserwirtschaft in Luxemburg ist massiv subventioniert (90% beim Abwasser). Die schleppende Abarbeitung der Projekte seitens der Behörden führt sogar jährlich zum Verfall von Haushaltsmitteln, die nicht aufgebraucht werden konnten.
Dem Wasser den Status eines öffentlichen Gutes zuweisen (als lebensnotwendige Ressource).	Die gesetzliche Regelung ist weiterhin ungenügend, da ältere Gesetze (Code Napoleon) die Entnahme von Grundwasser durch den Grundbesitzer erlaubt, dies aber im Wiederspruch zu neueren Gesetzen (Kommodo, Wasserentnahmeerlaubnis) steht.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- 😐 Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes
- 😐 Ausbau der Klärung
- 😐 Durchführung eines Audits
- ☹ Förderung dezentraler Anlagen

Forderungen des Mouvement Ecologique

Stärkung der Akteure - effizientere Aufteilung der Zuständigkeiten

1

Ein strukturelles Grundübel der Luxemburger Wasserwirtschaft liegt in der Vielzahl kleiner Ver- und Entsorger, die aufgrund ihrer unzureichenden personellen und finanziellen Mittel nicht in der Lage sind, eine moderne und nachhaltige Wasserwirtschaft zu betreiben. Ihnen gegenüber steht ein ebenfalls unterbesetztes Wasserwirtschaftsamt, welches sich als Geldgeber massiver Subventionen in Details wasserwirtschaftlicher Praxis verzettelt anstatt eine kohärente Wasserpolitik voranzutreiben.

Die Kontrollfunktion des Wasserwirtschaftsamtes wird nur ungenügend vollzogen, Verstöße gegen Emissionsauflagen (falls sie definiert wurden) haben keine Konsequenzen für die Verursacher. Es bedarf daher einer Konzentrierung der Ver- und Entsorger, bis hin zu einem landesweiten Trink- und Abwasserverband, damit die kritische Größe erreicht wird, die nötig ist, um die Dienstleistungen und Kompetenzen aufzubauen die einer modernen Wasserwirtschaft entsprechen.

Das Wasserwirtschaftsamt sollte sich auf die Überwachung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie beschränken und über ordnungspolitische Maßnahmen Vergehen gegen die Bestimmungen ahnden. Das Wasserwirtschaftsamt sollte auch wieder dem Umweltministerium zugeordnet werden um Kompetenzüberschneidungen, wie z.B. im Kommo-Inkommodo, zu vermeiden und eine integrierte Umweltpolitik im Ressort eines Ministers zu erlauben.

Kostendeckende (Ab-)Wasserpreise

2

Mit dem von der Wasserrahmenrichtlinie vorgeschriebenen Abbau der Subventionen müssen die Ver- und Entsorger kostendeckende Wasserabgaben verlangen.

Preiswahrheit sollte als Anreiz genutzt werden wassersparende Maßnahmen zu propagieren. Gleichzeitig muss das Wasserwirtschaftsamt bei Nichteinhalten der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie über Abwasserabgaben und Konventionalstrafen korrigierend einwirken können. Die Preisstruktur im Trink- und Abwasserbereich muss national stark vereinfacht und angeglichen werden.

Die Trinwasserversorgung sollte in der öffentlichen Hand bleiben und nicht an internationale Konzerne verschachert werden (Liberalisierung).

Trinkwasserschutzzonen umsetzen

3

Bei den aktuellen Belastungen der Grundwässer mit Nitrat und Pestiziden ist es dringend notwendig, die Trinkwasserschutzzonen auszuweisen und die Landnutzung in diesen Gebieten zu reglementieren. Dazu ist es erforderlich über Düngepläne und die Regelung der Handhabung von Pestiziden auf eine betriebswirtschaftlich effiziente und grundwasserschützende landwirtschaftliche Praxis umzusatteln. Dies muss in einem offenen Dialog mit den landwirtschaftlichen Akteuren erfolgen. Die Erschließung von neuen Grundwasserressourcen soll mit Rücksicht auf die bestehenden langfristigen Reserven (Grundwasserneubildung) erfolgen.

Zentrale Trinkwasserversorgung nicht als Allheilmittel propagieren

4

Die Schließung immer weiterer Trinkwasserquellen entspricht nicht einer nachhaltigen Nutzung des Lebensmittels Wasser. Bei den notwendigen Investitionen im Bereich der Trinkwasserfassungen und bei der Suche nach Lösungen von Qualitätsproblemen (siehe Punkt 3) sollten die betroffenen Gemeinden unterstützt werden. Die bis jetzt praktizierte Standardlösung der Versorgung der Gemeinden durch Trinkwasser aus dem Stausee Esch/Sauer darf kein Allheilmittel sein. Einerseits sind zentrale Lösungen mit Risiken verbunden, andererseits ist die Qualität des Stauseewassers nicht optimal, was etwa die steigenden Nitratgehalte belegen.

Neue Wege in der Abwasserwirtschaft

5

Probleme sollten an der Quelle angegangen werden: Sanitäre Innovationen, dezentrale und belastungsspezifische Abwasserbehandlung, Regenwasserbewirtschaftung (Versickerung, Trennkanalisation) sollten es erlauben Nährstoffkreisläufe zu schließen sowie die hydraulische und stoffliche Belastung der Kläranlagen zu mindern. Unter diesen Bedingungen ist auch eine landwirtschaftliche Nutzung der Klärschlämme wieder vermehrt möglich.

Ökologisch sinnvolle Renaturierungsmaßnahmen

6

Renaturierungen sollten nicht nach einer einfältigen Schablone undifferenziert durchgeführt werden. Vielmehr ist es nötig, im Vorfeld über fundierte Impaktstudien den ökologischen Mehrwert der Renaturierungsvorhaben sowie die Grundsituation (Schadstoffbelastung, Hochwasserschutz) im Flussgebiet zu evaluieren. Die Renaturierungsabteilung des Naturschutzes muss zur besseren Koordinierung mit Gewässerqualität und Hochwasserschutz ebenfalls in das Wasserwirtschaftsamt integriert werden.

Ökologisierung
der wirtschaftlichen Aktivitäten vorantreiben

Aktuelle Politik

Fakt ist, dass die gemäß den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung anstrebenswerte Symbiose zwischen Ökologie und Ökonomie in Luxemburg nicht bewusst vorangetrieben wird. Leider werden jene Instrumente, die diese Verknüpfung unterstützen würden, wie z.B. Oeko-Audits, nicht in dem notwendigen Ausmaß genutzt. Tatsache ist ebenfalls, dass die derzeitigen Wirtschafts- und Mittelstandsministerien sich kaum als Akteure zur Ökologisierung der Wirtschaft sehen und vielmehr eine defensive Rolle übernehmen. Wohl werden – wie mehrfach von offizieller Seite behauptet wird – evtl. verschiedene besonders umweltbelastende Betriebe nicht zugelassen, doch jene defensive Maßnahme allein reicht in keiner Form aus, um grundsätzliche Fortschritte in diesem Bereich zu erreichen. Vor allem aber werden somit die Chancen, die einer Ökologisierung der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik inne liegen, nicht reell wahrgenommen.

Der Handlungsbedarf

Im Bereich der erneuerbaren Energien wurden, gemäss Aussagen der Handwerkerkammer, aufgrund der gezielten Politik der Regierung 200 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies zeigt nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine der wichtigen Richtungen auf, wie eine Symbiose zwischen Ökologie und Ökonomie hergestellt werden kann. Es gilt all jene Potenziale im Bereich Arbeitsplätze auszuschöpfen, die sogenannten win-win-win-Strategien (in welchen jeder einen Nutzen hat, cf. Altbausanierung) gezielt voran zu treiben, die Beratung über und die Förderung von umweltschonenden Produktionsformen zu gewährleisten u.a.m. Eine offensive Integration ökologischer Aspekte in die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik ist angesagt. Gleichzeitig aber gilt es, sich der Grenzen ökonomischen Wachstums bewusst zu sein. Denn der Umweltraum stellt dem ökonomischen Wirken unverrückbare Schranken.

Die Ökokologisierung der Wirtschaft steht schlichtweg für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für Standortvorteile von morgen.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Verbesserung der Produktivität natürlicher Ressourcen um den Faktor 2 bis 2020 sowie um den Faktor 4 bis 2050.	In diesem Bereich wurde keine offensive Rolle übernommen.
Jährlich sollen drei Betriebe für die Durchführung eines Oeko-Audits gewonnen werden.	Dieses Ziel wurde nicht erreicht, Schritte in diese Richtung kaum unternommen.
Generelle Steigerung der Anzahl der Betriebe, die im Rahmen der Wirtschaftsförderung Unterstützung für Umweltmaßnahmen beantragen.	Nach Außen ist schwer ersichtlich ob dies der Fall war. Entsprechende Informationen liegen auf jeden Fall nicht vor.
Jährlich soll mindestens ein Luxemburger Produkt mit dem europäischen Oeko-Label ausgezeichnet werden.	Auch dieses Ziel wurde, den Informationen des Mouvement Ecologique nach, nicht erreicht.
Graduelle Reduktion der schädlichen Belastungen durch Betriebe.	Es gibt keine wirkliche gezielte Strategie in diesem Sinne.
Beitrag zum Ziel der Reduktion der Treibhausgase um 28%.	Wohl konnte dieses Ziel dank der Umstellung der ARBED auf Elektrostahl erreicht werden. Insgesamt aber verursacht der Industriesektor – ohne Berücksichtigung der ARBED – heute mehr CO_2-Emissionen, Tendenz weiter steigend.
Entwicklung Luxemburgs in der Grenzregion als Standort für Umwelttechnologien.	Es gibt keine entsprechende Strategie.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

- ☹ Einführung einer Öko-Steuer
- ☹ Ausbau der Förderprogramme im Umweltbereich, Stärkung des Oeko-Audits
- ☺ Fortführung des Ecolabels
- ☹ Studie über die Entwicklungsaxen erstellen, um Umwelt- und Wirtschaftspolitik stärker zusammenzubringen
- ☹ Überarbeitung bestehender Förderprogramme aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien – Erstellung gezielter neuer Programme
- ☹ Umsetzung von Beratungsprogrammen für Betriebe, Unterstützung der Berufskammern bei derartigen Projekten

Forderungen des Mouvement Ecologique

Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform

1 Eine nachhaltige Steuerreform, die u.a. den Ressourcenverbrauch usw. verstärkt besteuert und den Faktor Arbeit entlastet, ist im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unumgänglich (siehe Kapitel "nachhaltige Entwicklung"). Entsprechend könnte u.a. ein Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. zum Erhalt bestehender geleistet werden.

Wirtschaftskompetenz ins Umweltministerium

2 Das Umweltministerium verfügt nicht über einen qualifizierten Beamten im Bereich Wirtschafts- und Mittelstandspolitik. Dies ist einer Verknüpfung von wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten nicht gerade zuträglich. Denn Rolle des Umweltministeriums wäre es, auch die notwendige Sensibilität in Wirtschaftskreisen (ebenfalls auf der Ebene der betroffenen Ministerien selbst) zu fördern, gemeinsame Projekte zu initiieren u.a.m. und entsprechend als "Makler" für die nachhaltige Entwicklung aufzutreten. Dies kann nicht ausschließlich die Rolle des Wirtschafts- bzw. Mittelstandsministeriums selbst sein. Außerdem ist es wichtig, dass das Umweltministerium bei relevanten Dossiers, z.B. auch betreffend Förderprogramme für Betriebe, über eigenständiges Know-How verfügt.

Luxemburg zum Standort für Umwelttechnologien entwickeln

3 Im Sinne einer wirtschaftlichen Diversifizierung sollte Luxemburg auch als Standort für Umwelttechnologien entwickelt werden. Dieses Ziel mag nicht einfach zu erreichen sein, doch gälte es unbedingt Anstrengungen in diesem Sinne zu unternehmen, z.B. indem analysiert wird, welche Betriebe aufbauend auf der heutigen Wirtschaftsstruktur angesiedelt werden könnten, indem gezielt branchenspezifische Prospektionen durchgeführt werden, statt überwiegend Länderprospektionen.

Finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte als wesentlicher Zukunftsfaktor erhöhen – Arbeitsplätze von morgen gewährleisten

4 Luxemburg hat nach wie vor im Verhältnis zu anderen Ländern ein geringes Forschungsbudget. Dieses sollte erhöht werden, vor allem im Bereich der Zukunftstechnologien. Unterstützt werden sollte diesbezüglich ebenfalls eine Kooperation in der Großregion.

Regionale Märkte aufbauen und Initiativen stärken

5 Aus zahlreichen hinlänglich bekannten Gründen (Arbeitsplätze vor Ort schaffen, Verringerung der Verkehrswege, Verbleib des Ertrages vom Wirtschaftsprozess in der Region) gilt es die regionale Produktion zu unterstützen. Wohl erfolgt dies teilweise in Leader-Gebieten sowie in Naturparkregionen. Allerdings gälte es diese Unterstützung im allgemeinen konsequenter auszubauen, losgelöst von der Region und von bestimmten zeitlich angesiedelten EU-Programmen. Auch hier gilt es die Beratung voranzutreiben, Unterstützungen auf finanzieller Ebene zu gewährleisten, die Informations- und Sensibilisierungsarbeit für regionale Produkte zu unterstützen u.a.m.

Neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich fördern

6 In den vergangenen Jahren haben vor allem im Ausland neuartige Dienstleistungsformen ihren Weg gemacht. Bei zahlreichen Initiativen geht es vor allem darum, nicht prioritär Waren zu verkaufen, sondern eher Leistungen bzw. stärker auf einen Austausch oder eine gemeinsame Nutzung von Waren zu setzen. Stichworte sind: Aufbau von Reparaturzentren, Aufbau von Car-Sharing-Infrastrukturen, Verleih statt Verkauf von Produkten u.a.m. Sicherlich sind die Möglichkeiten des Staates derartige Initiativen ins Leben zu rufen begrenzt, nichtsdestotrotz kann er durch entsprechende Programme eine wichtige Rolle übernehmen, z.B. im Rahmen der

Kreditvergabe, der Erstellung von Datenbanken (cf. Carsharing, Erstellung eines landesweiten Rasters zur Erfassung der Kunden), der Unterstützung bei der Durchführung u.a.m.

Vorreiterrolle des Staates gewährleisten

7 Der Staat hat die Möglichkeit, regionale Märkte gezielt zu unterstützen, ebenso wie Produkte, die aus ökologischer, ethischer und sozialer Sicht besonders empfehlenswert sind. Mittels Ausschreibungen des Staates könnte hier in der Tat der Markt für jene Produkte substanziell verbessert werden. Es gilt entsprechende Leitlinien im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen festzuhalten bzw. klare Richtlinien zu erstellen.

Systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements ausweiten

8 Fakt ist, dass bei so manchem Betrieb – vor allem auch auf der Ebene des Mittelstandes – das Themenfeld der Ökologie nur als Nebenfaktor angesehen wird. Die Priorität liegt nun einmal auf den Kernfunktionen eines Betriebes: der Produktion usw. Es ist deshalb von eminenter Bedeutung, durch eine konsequente, gezielte Beratung seitens des Staates ein Bewusstsein zu schaffen. Erste positive Ansätze gibt es (z.B. im Centre de Ressources), diese sollten aber systematisch ausgeweitet werden. Stichworte sind: gezielte Beratung, finanzielle Beteiligung an Honorarkosten bei der Durchführung der Beratung sowie der Umsetzung bestimmter Maßnahmen, Gewährleistung von Imagevorteilen für teilnehmende Betriebe durch eine staatliche Informationspolitik.

Einführung der Umwelthaftung

9 Es scheint ein theoretischer Konsens zu bestehen, dass die Einführung der Umwelthaftung sinnvoll ist, trotzdem erfolgte dies bis dato nichts. Dabei erlaubt die Umwelthaftung, dass einerseits von vorneherein Risiken gemindert werden (die Interventionspflicht des Staates wird durch eine aktivere Politik der Versicherungen erleichtert) und andererseits tatsächlich eine finanzielle Rück-Versicherung bei Problemen besteht und die Eigenhaftung gegeben ist.

Offensive Förderung des Oeko-Audits

10 Trotz mehrfacher Absichtserklärungen fristet das Oeko-Audit in Luxemburg ein Mauerblümchendasein. Es gälte endlich durch eine konsequente Sensibilisierung die Nutzung dieses ökologischen Instrumentes voranzutreiben.

Überarbeitung bestehender Fördermechanismen

11 Bestehende Fördermechanismen im ökonomischen Bereich sollen in dem Sinne überarbeitet werden, dass

- einerseits aus ökologischer Sicht kontraproduktive Fördermittel /-programme gestrichen werden,
- sowie gleichzeitig aber gezieltere Förder-Programme erstellt werden (z.B. für bestimmte Branchen, zur Reduktion der CO_2-Emissionen).

Umweltbeauftragte in die Berufskammern

12 Auch wenn Anstrengungen seitens der Kammern ergriffen werden, ist weiterhin ein gewisses Manko feststellbar. Dabei ist es auch von großer Bedeutung, dass auf der Ebene der Patronats- und der Arbeitnehmerkreise ausreichendes fachliches Know-How da ist, um umwelt- und gesundheitsschonende Verfahrensweisen in Betrieben zu unterstützen.

Landwirtschaft

Qualität hat ihren Preis

Aktuelle Politik

Von einer zukunftsorientierten Landwirtschaft kann derzeit nicht gesprochen werden. Man ist eher damit beschäftigt, die immer schneller aufeinander folgenden EU-Agrarreformen in nationales Recht umzusetzen. Entscheidende politische Akzente wurden in den vergangenen Jahren nicht gesetzt. Vielmehr wurde lediglich versucht, EU-Recht bestmöglichst in nationales Recht umzusetzen. Prioritäten waren entsprechend wenig erkennbar, von Visionen ganz zu schweigen.

Der Handlungsbedarf

Der Mouvement Ecologique tritt für eine offensivere, zukunftsweisende Agrarpolitik ein, welche den Ansprüchen von Natur- und Umweltschutz sowie der Verbraucher gerecht wird. Es geht in den kommenden Monaten darum, die im vergangenen Jahr in Luxemburg beschlossene Agrarreform sinnvoll in luxemburgisches Recht umzusetzen. Dabei muss die Erhaltung einer regionalen, mittelständigen Landwirtschaft im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung im Vordergrund stehen. Der Spielraum der in Zukunft, seitens der EU, den Mitgliedsstaaten im Landwirtschaftsbereich verstärkt gelassen wird, muss in vollem Umfang wahrgenommen werden.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
Blick auf den Plan für eine nachhaltige Entwicklung

Anspruch	Wirklichkeit
Verbesserung der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit der luxemburgischen Landwirtschaft, unabdingbare Bedingung um die Erhaltung der Umwelt und des natürlichen Raumes zu garantieren, unter Beachtung der multifunktionalen Rolle des ländlichen Raumes.	Trotz hoher Fördermittel geht die luxemburgische Landwirtschaft ungewissen Zeiten entgegen. Es fehlt an klaren Strategien.
Verbesserung verschiedener landwirtschaftlicher Praktiken im Hinblick auf ihren Impakt auf die Umwelt und dies in den Bereichen Wasser, Boden, Luft, Fauna und Flora.	Mit den neuen Agrar-Umwelt-Programmen sowie den Biodiversitätsprogrammen wurden Verbesserungen erzielt, jedoch fehlt es weiterhin an einer gewissen Zielstrebigkeit.
Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln zu akzeptablen Preisen, und zwar durch endogene Produktions- und Distributionskreisläufe, welche Produzenten und Konsumenten einander näher bringen.	Nach einem kurzen Aufschwung, welcher mit den Leader-Programmen I und II einherging, ist man wieder in eine längere Ruhephase eingetreten. Die Schaffung einer Gartenbauzone lässt z.B. weiter auf sich warten. Weiterhin wird bei regionalen Produkten mit Informations- und Sensibilisierungskampagnen in Richtung Verbraucher gegeizt.

Wesentliche Aussagen aus dem Koalitionsabkommen 1999-2004

☹	Stärkung der aktiven Milchproduzenten
😐	Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion
😐	Anpassung und Vereinfachung der Agrar-Umwelt- sowie der Biodiversitätsprogramme
☺	Strukturbeihilfen
☹	effiziente Unterstützung bei der Restrukturierung und der Modernisierung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen
☹	Bau einer neuen Ackerbauschule
😐	Unterstützung von Weiterbildung und Beratung
😐	Verbesserung der Kontrolle im Hinblick auf die Lebensmittelsicherheit
☹	Unterstützung des Berufes bei der Ausarbeitung einer Vermarktungsstrategie und bei Werbekampagnen

Forderungen des Mouvement Ecologique

Revalorisierung des landwirtschaftlichen Berufes sowie Stärkung der landwirtschaftlichen Beratung

1

Die Anerkennung der im Interesse der gesamten Gesellschaft erbrachten Leistungen der Landwirtschaft ist eng mit der Aus- und Weiterbildung der Landwirte verbunden. Daher fordert der Mouvement Ecologique eine Revalorisierung des landwirtschaftlichen Berufes (z.B. durch die Einführung eines Meistertitels). Eine zeitgemäße Ausbildung sowie eine kontinuierliche Weiterbildung der in der Landwirtschaft beschäftigten Akteure ist unabdingbar. Aspekten wie "Landwirtschaft und Naturschutz", "Verbindung Konsument-Produzent" muss in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden. Es geht darum "Landwirte und andere in der Landwirtschaft tätige Personen auf eine qualitative Neuausrichtung der Erzeugung und auf die Anwendung von Produktionsverfahren vorzubereiten, die mit den Belangen der Landschaftserhaltung und der Landschaftsverbesserung, des Umweltschutzes, der Hygiene und des Tierschutzes vereinbar sind, sowie ihnen Qualifikationen zu vermitteln, die sie benötigen, um einen wirtschaftlich lebensfähigen Betrieb leiten zu können." (Zitat aus EU-Verordnung 1783/2003).

Darüber hinaus muss die landwirtschaftliche Beratung gestärkt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die künftigen Anforderungen, denen die Landwirtschaft gerecht werden soll, sowie im Bereich von neuen resp. hierzulande unterentwickelten Produktionsrichtungen.

Wiederversöhnung von Naturschutz und Landwirtschaft

2

Zu diesem Zweck sollen u.a. folgende Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden:

- Schaffung eines runden Tisches zum Thema "Natur- / Umweltschutz und Landwirtschaft"
  Der Runde Tisch soll eine Möglichkeit darstellen, mit allen interessierten Akteuren über die Rolle der hiesigen Landwirtschaft zu diskutieren. Er dient der Information resp. der Aufklärung der einheimischen Bevölkerung sowie der Lösung von aktuellen Problemsituationen und kann somit auch einen wesentlichen Beitrag zur Image-Verbesserung der luxemburgischen Landwirtschaft erbringen.
- Erstellung nachvollziehbarer Eingriffsregelungen
  Statt der aktuellen vom Naturschutz aus zum großen Teil sehr willkürlich festgelegten Kompensationsmaßnahmen bei bestimmten Eingriffen in die natürliche Umwelt, soll ein transparentes System geschaffen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kompensierungsmaßnahmen in einem Zusammenhang mit dem tatsächlichen Eingriff stehen.

  Bei der Umsetzung von Kompensierungsmaßnahmen soll darauf geachtet werden, dass ein und derselbe Landwirt nicht zweimal betroffen ist, z.B. einmal durch den Verlust von Nutzflächen beim Bau einer Straße und anschließend durch den Verlust weiterer bisher von ihm bewirtschafteten Flächen aufgrund notwendiger Kompensierungsmaßnahmen, z.B. durch Aufforstung auf anderen Flächen seines Betriebes.
- Steigerung der Attraktivität der Agrar-Umwelt-Programme und der Biodiversitäts-Programme
  Kürzere Bearbeitungszeiten sowie eine fristgerechte Auszahlung von Entlohnungen sind unabdingbar, um Landwirte zu einer Teilnahme an den Agrar-Umwelt-Programmen und den Biodiversitäts-Programmen zu bewegen.

Eine Überarbeitung der aktuellen Programme muss schnellstmöglichst in Angriff genommen werden. Unsinnige Regelungen, wie z. B. in der Vergangenheit bei der Nicht-Anrechnung von Hecken im Rahmen der Landschaftspflegeprämie geschehen, müssen beseitigt resp. verhindert werden. Des weiteren müssen die Programme eine gewisse Flexibilität beinhalten. Es darf z.B. nicht sein, dass Landwirte für unbeabsichtigte Nicht-Einhaltung eines Vertrages (z. B. bei Verlust einer gepachteten Nutzfläche) bestraft werden und Gelder, die sie für bisher geleistete Leistungen erhalten haben, zurückzahlen müssen.

Verstärkte Förderung der biologischen Landwirtschaft sowie einer umweltschonenden traditionellen Landwirtschaft

3

Für den Mouvement Ecologique stellen die biologische Landwirtschaft, der biologische Obst- und Gemüsebau bzw. der biologische Gartenbau die anstrebenswerte Form der Bewirtschaftung dar. Deshalb soll erreicht werden, dass der vom nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung angegebene Zielwert von min. 5% biologisch genutzter landwirtschaftlicher Fläche bis 2010 überschritten wird.

Diese vom Mouvement Ecologique prioritär angepeilte Zielsetzung sollte mit einer gleichzeitigen Förderung einer umweltschonenden traditionellen Landwirtschaft gekoppelt werden.

Neuorganisation der landwirtschaftlichen Labels

4

Im Hinblick auf mehr Transparenz fordert der Mouvement Ecologique eine Neuorganisation der landwirtschaftlichen „Labels". Die Labels sollen Lastenheften mit klaren, nachvollziehbaren Bedingungen und Kriterien folgen, wobei einer hohen „Qualität" eine besonders wichtige Rolle zukommt. Dabei soll neben der notwendigen Transparenz und Kontrolle für qualitativ hochwertige Produkte auch eine höhere Wertschöpfung für die Landwirtschaft erreicht werden.

Wie in der EU-Verordnung 1783/2003 beschrieben, muss das Bewusstsein der Verbraucher hinsichtlich des Bestehens und der Eigenschaften oben erwähnter Erzeugnisse geschärft werden. Dafür bedarf es der Unterstützung u.a. der Erzeugergemeinschaften bei der Information der Verbraucher und der Werbung für solche Erzeugnisse. Das Bewusstsein der Bevölkerung über die Bedeutung der Landwirtschaft und die gesundheitliche Wichtigkeit hochwertiger Qualitätsprodukte ist Voraussetzung für eine Akzeptanz von angepassten fairen Preisen.

Verstärkter Dialog zwischen Landwirtschaft und Wasserschutz

5

Der Dialog zwischen Landwirtschaft und Wasserschutz muss endlich in Angriff genommen werden. Insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (u.a. Ausweisung von Trinkwasserschutz-Zonen) in nationales Recht ist dies von hoher Dringlichkeit.

Schutz landwirtschaftlich wertvoller Flächen

6

Luxemburg braucht eine Integration des Bodenschutzes in die verschiedenen Gesetzestexte. Es bedarf unbedingt einer Steuerung und Reduzierung des Bodenverbrauchs, u.a. auch im Hinblick auf die stetig zurückgehende landwirtschaftliche Nutzfläche. Deshalb sollten im Rahmen des zu erstellenden sektoriellen Planes über geschützte Landschaften auch wertvolle landwirtschaftliche Flächen rechtsverbindlich geschützt werden.

Verstärkte Förderung der landwirtschaftlichen Diversifizierung

7

Die primäre Funktion der Landwirtschaft soll weiterhin die Nahrungsmittelproduktion sein. Notwendig ist jedoch darüber hinaus, der Landwirtschaft weitere Standbeine zu ermöglichen. Die Diversifikation der landwirtschaftlichen Produktion muss in diesem Sinne endlich verstärkt vorangetrieben werden. In zahlreichen Produktionsrichtungen besteht weiterhin enormer Nachholbedarf: der Selbstversorgungsgrad bei einer Reihe von landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen wie z.B. bei Obst, Eiern und Geflügelfleisch, bei Schweinefleisch und besonders bei Gemüse ist z.T. sehr gering.

Dabei muss es den interessierten Landwirten möglich gemacht werden, bei Bedarf auf eine adäquate Beratung zurückzugreifen. Zudem muss unmittelbar eine Studie zu potentiellen Produktionsnischen sowie zu schaffenden adäquaten Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in Angriff genommen werden.

Die Produktion von Energie soll in diesem Zusammenhang lediglich als Diversifizierungsmittel dienen. Auch in Zukunft müssen Nahrungsmittelproduktion, flächengebundene Landwirtschaft und der Kreislaufgedanke im Vordergrund stehen.

Derzeit bestehende Hindernisse in Bezug auf die dezentrale Biomasse-Aufbereitung auf landwirtschaftlichen Betrieben, d.h. die energetische Nutzung unbedenklicher außerlandwirtschaftlicher Kofermentate (z.B. Grünschnitt von Gemeinden und Privathaushalten, Abfälle aus der Nahrungsmittelproduktion), müssen beseitigt werden.

Die Förderprogramme für erneuerbare Energien müssen auch im landwirtschaftlichen Sektor weitergeführt werden. Darüber hinaus bedarf es einiger gesetzlicher Verbesserungen im Hinblick auf die energetische Verwertung von Biomasse. Insbesondere die Biomasse “Holz“ bietet ein bisher weitgehend ungenutztes Potential.

Landwirtschaft ohne Gentechnik

8

Trotz der neuen Kennzeichnungsregeln ist die Zukunft der gentechnik-freien Landwirtschaft in Europa alles andere als gesichert. Nach wie vor ist ungeklärt, wie in Zukunft eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Europa gesichert werden kann. Die im Zusammenhang mit der "Koexistenz"-Frage von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge sind völlig ungeeignet, um eine gentechnik-freie Landwirtschaft in Europa zu erhalten. Ohne eine strikte EU-weite Gesetzgebung zur Koexistenz könnten gentech-freie Lebensmittel "made in Europe" bald schon der Vergangenheit angehören. Die Kennzeichnungsregeln wären damit ad absurdum geführt.

Der Mouvement Ecologique teilt die Forderung der internationalen Umweltorganisationen für eine Ablehnung jedweder Gentechnik im Landwirtschaftsbereich.

Schaffung eines Ministeriums für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz

9

Die Förderung eines Dialoges zwischen Konsument und Produzent ist im Sinne der Erhaltung einer regionalen, mittelständigen Landwirtschaft von größter Bedeutung. Dazu gehören Transparenz und ehrliche Information, eine verbesserte Information des Verbrauchers über die Arbeit der Landwirte, eine eindeutige Kennzeichnung und Kontrolle der Lebensmittel u.a.m.

Um diesen Dialog zu fördern, unterstützt der Mouvement Ecologique den Vorschlag, ein Ministerium für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz zu schaffen, das z.B. in Personalunion mit dem Landwirtschaftsministerium geführt wird.

TOURISMUS:

ein wichtiger Wirtschaftszweig, mit Bedeutung für Kultur und Natur

Leider scheint es, als ob die Bedeutung des Tourismus für die Entwicklung Luxemburgs auf politischer Ebene nicht ausreichend erkannt werden würde. Oder wie sonst ist zu erklären, dass es seit Jahren an einer zielgerichteten Tourismuspolitik mangelt. Vielmehr werden Gelder weiterhin eher nach dem Gießkannenprinzip verteilt – eine eigentliche Strategie zur Erhaltung dieses Wirtschaftszweiges gibt es nicht.

Der Mouvement Ecologique setzt sich mit Nachdruck für eine weitaus strategischere Tourismuspolitik ein. Hierzu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- Leitbild festlegen: Auch wenn es bereits mehrfach angedacht wurde, ein eigentliches Leitbild, wie sich Luxemburg in diesem sehr konkurenzierten Markt darstellen will, gibt es immer noch nicht. Dabei könnte es einerseits zu neuen Initiativen führen und andererseits auch das Image von Luxemburg nach Außen verbessern.
- Professionalisierung vorantreiben: Der Tourismussektor macht die gleiche Entwicklung mit, wie auch andere Branchen, die z.T. lange Jahre auf Ehrenamt aufgebaut waren. Das Ehrenamt bleibt nach wie vor von Bedeutung, doch können hier nicht alle Arbeiten wahrgenommen werden. Entsprechend sollte verstärkt, aufbauend z.B. auf den "animateurs touristiques", eine Professionalisierung erfolgen. Dies bedeutet eine verstärkte Aus- und Weiterbildung der betroffenen Akteure, die Schaffung neuer Stellen vor allem auf regionaler Ebene u.a.m.
- Überdenken der Strukturen: Generell wird in Luxemburg über eine Neuaufteilung der Regionen nachgedacht, wie z.B. in den Direktiven der Raumplanung. Der Tourismussektor sollte aus diesen Überlegungen nicht ausgeklammert werden, denn auch hier gilt es für eine Bündelung der Kräfte zu sorgen und nachvollziehbare Strukturen zu schaffen.
- Zielorientierte Überarbeitung des 5-Jahres-Planes des Tourismusministeriums: Seit langem moniert der Mouvement Ecologique, dass es an einer Strategie für den 5-Jahres-Plan des Tourismusministeriums mangelt, und dass Gelder nach dem Gießkannenprinzip an die Antragsteller ausgeteilt werden. Der Mouvement Ecologique tritt für klare Leitlinien ein – ebenso sollten Projekte, die einen regionalen Charakter haben, bevorzugt behandelt werden.
- Angebot ausbauen bzw. überdenken: Das bestehende Angebot im touristischen Bereich wird den Anforderungen der heutigen Touristen nur noch begrenzt gerecht. Entsprechend gilt es neue Wege zu gehen bzw. bestehende Initiativen konsequenter zu unterstützen. Stichworte sind: Valorisierung natürlicher und kultureller Eigenarten, Schaffung neuer Indoor-Angebote, Gewährleistung zielgruppenspezifischer Angebote, Valorisierung bestehender Angebote durch bessere Aufbereitungsformen / Auffrischung, Profilierung Luxemburgs als 2. und 3. Urlaubsland.
- Verbesserung des Außen- und Innenmarketings: Auch die Marketingstrategie Luxemburgs, sowohl im In- als auch im Ausland, gilt es aufzufrischen und gezielter zu gestalten. Außerdem gibt es massive Schwachstellen im Servicebereich. Warum z.B. ist es nicht möglich auch im City-Tourist in Stadt Luxemburg verstärkt Buchungen über Land vorzunehmen?
- Aktionsprogramm für verstärkte Kooperation mit anderen Sektoren: Der Tourismusbereich kann einen reellen Vorteil für zahlreiche andere gesellschaftliche Bereiche haben. Diese Symbiosen gilt es stärker als bisher zu nutzen, z.B. mit dem Umweltministerium (Schaffung von "visiting center"), den Verkauf regionaler Produkte (hier gibt es sehr gute Initiativen, die ausgebaut bzw. ausgedehnt werden können), die Kooperation mit der Landwirtschaft für den Verkauf von Lebensmitteln, Partnerschaften mit Luxemburger Künstlern u.a.m.

Gesundheitspolitik

Prävention statt Reparatur

Aktuelle Politik

Die Bedeutung unserer natürlichen Umwelt, wie z.B. die Trinkwasserqualität aber vor allem auch die Luftqualität, für die Gesundheit des Menschen ist unbestritten. Trotzdem wird in der staatlichen Gesundheitspolitik diesem Aspekt nur begrenzt Bedeutung beigemessen. Ebenso wird die Frage des präventiven Gesundheitsschutzes nur recht marginal behandelt. Dies bringt mit sich, dass sich die Gesundheitspolitik relativ stark auf klassische medizinische Behandlungen sowie auf den Bau neuer Krankenhäuser beschränkt.

Der Handlungsbedarf

Der Mouvement Ecologique tritt für eine verstärkte präventive Gesundheitspolitik ein. Grundsätzlich wird eine drei-Säulen-Vorgehensweise proniert: Durch die Erhaltung der Umweltqualität sollen gesundheitliche Probleme, die aus Umweltbelastungen entstehen könnten, a priori verhindert werden; der präventive Gesundheitsschutz soll substantiell ausgeweitet werden; Behandlungs- und vor allem Beratungsmethoden sollten eingeführt werden (z.B. Ausbau der Ernährungsberatung).

Forderungen des Mouvement Ecologique

Ministerium für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

1 Verbraucherfragen sind in Luxemburg auf unterschiedliche Ressortministerien verteilt – Gesundheit, Landwirtschaft, z.T. auch Umwelt... De facto aber gibt es keine gezielte Verbraucherpolitik. Dieses Manko kann lediglich behoben werden, wenn hier ein zuständiges Ministerium geschaffen wird, das in Personalunion mit dem Landwirtschaftsministerium geführt wird.

Gesundheitsministerium verstärkt in diverse Entscheidungen einbinden

2 Das Gesundheitsministerium ist derzeit noch recht häufig nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden, die jedoch von großer Relevanz aus gesundheitlicher Sicht sein können. So wird das Ministerium nicht mit Betriebsgenehmigungen befasst, obwohl auf der Hand liegt, dass einzelne Betriebe schädliche Emissionen sowohl für die Gesundheit der Arbeitnehmer als auch der daran angrenzenden Einwohner haben können und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen geboten sind. Auch die Verkehrsentwicklung hat direkte Inzidenzen auf die Gesundheitssituation, so sind beispielsweise die mit den Rußpartikeln von Dieselfahrzeugen verbundenen Probleme bekannt. Es gälte systematisch zu überdenken, in welche Entscheidungen das Gesundheitsministerium im Vorfeld eingebunden werden müsste.

Systematische Gesundheitsvorsorge durch konsequente Umweltpolitik

3 Von prioritärer Bedeutung ist vor allem die Gesundheitsvorsorge. D.h. es sollen soweit wie möglich Belastungen von vorne herein vermieden werden. Stichworte in diesem Zusammenhang sind u.a.:

- Verbesserung der Luftqualität: es bedarf wohl keiner Erklärung, dass eine gesunde Luft eine absolute Priorität aus gesundheitlicher Sicht darstellt;
- Raucherschutz: auch in Luxemburg sterben jährlich zahlreiche Personen an den Folgen des Rauchens. Die Verbote in diesem Bereich gilt es auszuweiten (wie z.B. Rauchverbot in Restaurants, Totalverbot der Tabakwerbung) und Zuwiderhandlungen stärker zu ahnden.
- Förderung der Bioprodukte: eine Ernährung, die besondere Sorgfalt auf eine minimale Belastung durch Schadstoffe legt, hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit;
- Verringerung der Schadstoffe, die mit der wachsenden Mobilität verbunden sind: vor allem Personen, die an Hauptverkehrsachsen wohnen, sind z.T. erheblichen Belastungen ausgesetzt;
- Ozonbelastung: die Einwirkungen hoher Ozonwerte wurden in der Vergangenheit mehrfach sehr eindringlich deutlich; Vorbeugemaßnahmen sind unerlässlich

- Lärmschutz: Diese Gesundheitsbelastung wird derzeit noch häufig verkannt, doch mehr und mehr Studien weisen auf den großen Impakt von Lärmbelastungen hin.
- GSM-Antennen – elektromagnetische Felder: Im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes gilt es hier die möglichst niedrigsten Werte festzuschreiben.
- Kontrolle der Kommodo-Inkommodo-Auflagen: Fakt ist, dass verschiedene Betriebe ihre Umwelt- und entsprechend auch ihre Gesundheitsauflagen nicht einhalten. Bei der Überwachung dieser Daten müsste auch das Gesundheitsministerium stärker involviert werden.

Überdenken der derzeitigen Rolle der Krankenkassen in der Gesundheitsvorsorge / Weiterbildung der Ärzteschaft

4

Vor allem aber auch auf struktureller Ebene betreffend die Rolle der Krankenkassen sowie die Weiterbildung der Ärzte liegt noch so manches im Argen. Hier wären folgende Maßnahmen sinnvoll:

- Rückerstattungen der Krankenkassen für präventive Maßnahmen ausbauen: Obwohl es häufig kostengünstiger ist, in den präventiven Gesundheitsschutz zu investieren, als nachher aufwendige Behandlungen durchzuführen, wird dies derzeit noch sträflich vernachlässigt. Folgende Initiativen wären sinnvoll:
  - Von besonderer Bedeutung ist es, die Beratungsleistungen der Ärzte grundsätzlich stärker zu honorieren als bis dato. Eine derartige Vorgehensweise wäre zudem häufig kostengünstiger als die Verabreichung von Medikamenten, mittelfristig würden durch die Vermittlung von präventivem Wissen Kosten eingespart.
  - Entsprechend wäre auch daran zu denken, Schwangerschaftsvorbereitungen und Gymnastikkurse, in bestimmten Fällen auch Ernährungsberatungen u.ä. Leistungen, zurückzuerstatten.
- Rolle der Krankenkassen im präventiven Bereich festlegen – Organisation von Informationskampagnen
  Es gilt die Rolle der Krankenkassen auszubauen. Ähnlich wie private Krankenkassen im Ausland könnten auch unsere Krankenkassen aufklären (über Ernährungsfragen, Stress am Arbeitsplatz u.ä.). Nicht zuletzt könnten durch eine bessere systematische Aufklärung erhebliche Gelder eingespart werden. Auch für Ärzte würden derartige Initiativen eine wichtige Hilfestellung und Entlastung bei der Beratung der Patienten darstellen. Der Staat sollte in diesem Sinne für eine Ausweitung der Tätigkeitsfelder der Krankenkassen eintreten und eine Umänderung der Statuten der Krankenkassen gewährleisten.

  Aufdrängen würden sich in diesem Zusammenhang auch eine großangelegte Kampagne vom Gesundheitsministerium zusammen mit den Krankenkassen, die Ausarbeitung mehrsprachiger Broschüren, die Organisation von Konferenzabenden oder Seminaren zu den unterschiedlichen Gesundheitsthemen.
- Systematische Weiterbildung der Ärzte
  Um die Qualität der medizinischen Versorgung noch zu verbessern, sollte der Staat die Weiterbildung der Mediziner auch im Bereich "Umweltmedizin" unterstützen. Dabei sollten besonders weitgehende Fortbildungen – wie z.B. diejenige, die zu der Qualifikation des Umweltmediziners führt – mittels Spezialtarifen für entsprechende Leistungen der Ärzte honoriert werden (diese Beratungsarbeit erweist sich in der Regel als besonders arbeitsintensiv).

Umweltmedizinische Stelle ausbauen

5

Luxemburg verfügt über eine umweltmedizinische Stelle, die jedoch dringend ausgebaut werden muss, da sie an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Die Stelle sollte substantiell ausgebaut werden, durch qualifizierte Umweltmediziner und Fachleute im Chemiebereich – warum nicht auch überlegen, ob eine gewisse regionale Verankerung nicht sinnvoll wäre. Außerdem gilt es, klarere Regelungen betreffend ihre Kompetenzen und Befugnisse zu treffen (Interventionsmöglichkeiten im Falle von Belastungen). Unerlässlich ist des Weiteren, dass über die Art und Weise nachgedacht wird, wie vorzugehen ist, wenn eine Belastung festgestellt wird. Dem Staat obliegt hier die Verantwortung auch tatsächlich sicherzustellen, dass die Situation verbessert wird (und z.B. nicht einfach ein Mieter auszieht, und die Belastung nicht behoben wird). Dem Staat obliegt eine Interventionspflicht, dazu gehört aber auch, dass in bestimmten Fällen eine staatliche Unterstützung bei der Sanierung gewährleistet werden soll. Ebenso müssten Mechanismen eingeführt werden, damit die umweltschädlichen Produkte vom Markt genommen werden.

Betreffend die Schaffung einer Umweltklinik sollte die Arbeitsweise, deren Ansiedlung / Struktur sowie Ausrichtung in aller Transparenz diskutiert werden können.

Datenerfassung im Gesundheitsbereich ausbauen

6

Die Datenerfassung im Gesundheitsbereich ist als mehr denn mangelhaft anzusehen. Unerlässlich ist es hier weitaus offensiver vorzugehen, u.a. durch

- die Erstellung eines landesweiten Krebsregisters (auch regional auswertbar).
- die Durchführung von epidemiologischen Untersuchungen.
- die Einrichtung einer Meldestelle, unter Wahrung des Datenschutzes, für Berufs- und Umweltkrankheiten (u.a. betreffend Erkrankungen der Atemwege, verschiedene Allergieformen).

In der Konsequenz müsste für Luxemburg auch endlich ein Immissionskataster erstellt werden, sowie das Biomonitoring (Schadstoffüberwachung mittels Pflanzen) systematisch ausgebaut sowie das Effect-Monitoring (Impakt auf den menschlichen Körper) eingeführt werden, damit bei Belastungen reagiert werden kann.

Gesundheitsförderung in öffentlichen Institutionen

7

Die Gesundheitsförderung in öffentlichen Institutionen müsste an sich eine Selbstverständlichkeit sein. So gälte es vor allem auf der Ebene der Ernährung aktiv zu werden, um eine ausgewogene Ernährung, basierend auf Qualitätsprodukten, zu gewährleisten. Es ist doch ein Widersinn, dass z.T. in Schulen gesunde Ernährung im Biologieunterricht proniert wird, die Kantinen diesen Prinzipien aber widersprechen. Mittels öffentlicher Ausschreibungen oder aber Reglementierungen zwischen den betroffenen Ministerien / Verantwortlichen sollte gewährleistet werden, dass in Schulkantinen, bei "repas sur roues", in Altersheimen usw. die Prinzipien einer gesunden Ernährung respektiert und regionale / biologische Qualitätsprodukte genutzt werden.

Gewissenhafter Umgang mit der Gentechnologie

8

Nach wie vor ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass die Gentechnologie massiv eingeschränkt werden muss, u.a.:

- Keine Zulassung von Gentechnik im Ernährungs- und landwirtschaftlichen Bereich.
- Kennzeichnungspflicht gentechnisch produzierter Lebensmittel.
- Bedachtsamer Umgang mit der Gentechnologie im medizinischen Bereich.
- Schaffung eines "Gentelefons" beim Gesundheitsministerium.

Alternative Medizinformen zulassen

9

Nicht alle Formen der sogenannten alternativen “Medizinausrichtung“ sind als unbedenklich anzusehen. Gerade in diesen Bereichen können auch gravierende Fehler begangen werden und unqualifizierte Personen Eingang finden. Allerdings besteht eine steigende Nachfrage nach anderen Heilungsmethoden, als denen der klassischen Medizin. Entsprechend besteht dringender Regulierungsbedarf, da nur eine offizielle Anerkennung von ausgebildeten Fachleuten Scharlatanismus verhindern kann.

Das Gesundheitsministeirum sollte die Öffentlichkeit aufklären, welche alternativen Medizinformen bedenklich oder gar schädlich sein können. Ärzte/innen mit nachweisbarer fachlicher Ausbildung in Homeopathie, Osteopathie, Akkupunktur oder Chiropraxis sind durch die Krankenkassen anzuerkennen. Ebenso sollte bei alternativen Medikamenten mit nachweisbarer Wirkung das gleiche Rückerstattungssystem wie für klassische Medikamente angewandt werden.

Zur Überwachung gilt es, die Schaffung einer unabhängigen Kontrollkommission in die Wege zu leiten.

Systematische Förderung umwelt- und gesundheitsschonender Produkte / Kennzeichnung von Lebensmitteln

10

- Bei öffentlichen Ausschreibungen sollte der Staat systematisch gesundheits- und umweltschonenden Produkten den Vorrang geben.
- Darüber hinaus gilt es, die Kennzeichnungspflicht der in Luxemburg produzierten Lebensmittel zu gewährleisten.
- Luxemburg sollte sich des Weiteren auf EU-Ebene für eine sehr strikte Chemikalien-Gesetzgebung einsetzen.

Kritesch, konstruktiv an engagéiert....

Member sinn am Mouvement Ecologique

Seit 35 Jahren setzt sich der Mouvement Ecologique bedingungslos für mehr Umweltschutz, eine nachhaltige Umweltpolitik und mehr Demokratie ein.

Vieles wurde erreicht, oft spielt(e) der Mouvement Ecologique eine Initiatorenrolle. Hier nur einige Beispiele: die Idee zur Schaffung einer modernen Stadtbahn, das Engagement zur Förderung regenerativer Energien, die alljährlich stattfindende Oeko-Foire, Aktionen zum Thema "Fir eng ekologesch Gemengepolitik", der Fahrradtag "Alles op de Vëlo am Mamerdall", der Aufkleber "Keng Reklammen wgl".... Vieles bleibt aber noch zu tun!

Die Projekte des Mouvement Ecologique finden Ihre Zustimmung? Sein kritisches, phantasievolles Engagement und seine konkreten Alternativ-Vorschläge gefallen Ihnen? Sie möchten das Ihre zur Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen beitragen?

Dann werden Sie Mitglied! Je mehr Personen den Mouvement Ecologique unterstützen, desto mehr kann auch im Interesse des Natur- und Umweltschutzes sowie der Lebensqualität erreicht werden. Deshalb freuen wir uns über jedes neue Mitglied!

Als Mitglied haben Sie außerdem viele Vorteile! So erhalten Sie:

- mindestens 12-mal im Jahr die Mitgliederzeitschrift "De Kéisecker-Info" mit aktuellen Stellungnahmen und Ankündigungen
- 4-mal das Umweltmagazin "De Kéisecker" mit recherchierten Hintergrundberichten und umfangreichen Dossiers
- Einladungen zu interessanten Vorträgen, Konferenzen und Seminaren
- verbilligten Eintritt zur Oeko-Foire
- u.a.m.

Mitglied kann man werden durch Überweisen von 40€ (Einzelmitgliedschaft) bzw. 60€ (Haushaltsmitgliedschaft) auf das CCP LU16 1111 0392 1729 0000 oder auf BCEE LU20 0019 1300 1122 4000 oder durch Einschicken der auf dieser Seite abgedruckten Beitrittserklärung

MOUVEMENT ECOLOGIQUE a.s.b.l. • Friends of the Earth Luxembourg • Oeko-Zenter Lëtzebuerg
6, rue Vauban • L-2663 Luxembourg • Gréngen Tel: 43 90 30 1 • Fax 43 90 30 43 • www.oekozenter.lu
meco@oekozenter.lu • CCP LU16 1111 0392 1729 0000 • BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

Beitrittserklärung

Mouvement Ecologique asbl
Friends of the Earth - Luxembourg
6, rue Vauban • L-2663 Luxembourg
tél. 43 90 30 1 • fax 42 22 42
e-mail meco@oekozenter.lu
www.oekozenter.lu
ccp LU16 1111 0392 1729 0000
bcee LU20 0019 1300 1122 4000

Ich/wir möchten Mitglied werden im Mouvement Ecologique
(enthält das Kéisécker-abo und Kéisécker-Infoblatt):

☐ **Einzelmitglied**, Mindestbeitrag 40€
Jugendliche unter 18 Jahren (Jeunes et Environnement)/Studenten/Arbeitslose: 20€

☐ **Haushaltsmitgliedschaft** (wobei die Personen, die in einem Haushalt leben, eine gemeinsame Mitgliedschaft erhalten). Mindestbeitrag 60€

Geben Sie bitte - mit Unterschrift - alle Mitglieder des Haushaltes an, die Mitglied werden wollen.

	Name	Unterschrift	Nationalität (*)	Beruf	Geburtsjahr
1.					
2.					
3.					
4.					

Straße/Nr _____ **Postcode** _____ **Ortschaft** _____ **Tel.** _____

Ich möchte aktiv mitarbeiten: ☐ Regionale _____ Interessegebiet _____

Einzugsermächtigung (im Falle eines Dauerauftrages)

Ich **Name** _____ **Wohnort** _____ gebe dem Mouvement Ecologique die Vollmacht folgenden Dauerauftrag von meinem **Postscheck** _____ meiner **Bank** _____ **Nr.** _____ einzuziehen.

☐ **Monatlicher Dauerauftrag:** ☐ **3,34€** ☐ **5€** ☐ **7,50€** ☐ **10€** oder _____

☐ **Jährlicher Dauerauftrag:** ☐ **40€** ☐ **60€** oder _____

(*) Muss gemäß dem Gesetz von 1928 betreffend Vereinigungen ohne Gewinnzweck nachgefragt werden

Unterschrift _____ **Datum** _____